

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
1. Vor- und Frühgeschichte	7
2. Mittelalter	9
3. Neuzeit	16
3.1. Reformation und Gegenreformation	16
3.2. Machtpolitische Auseinandersetzungen in der Reformationszeit	21
4. 19. und 20. Jahrhundert	22
4.1. Die Säkularisation und ihre Folgen	22
4.2. Neuorientierung des kirchlichen Lebens nach der Säkularisation	24
4.3. Die Umgestaltung der Verwaltungsstruktur und ihre Folgen	28
4.4. Die Industrialisierung	31
4.5. Die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches	38
4.6. Die Nachkriegszeit	52
Weiterführende Literatur	55

# *Vorwort*

Das vorliegende schmale Bändchen Geschichte des Landkreises Lichtenfels ist kein Ergebnis intensiver Forschung in Bibliotheken und Archiven. Es ist auch nicht dazu geschaffen, knifflige lokalhistorische Fragen zu stellen oder gar eine schlüssige Antwort auf sie zu finden. Vielmehr sollte es geschichtlich interessierten Laien zur ersten Information dienen und bei einigem Gefallen zur Weiterbeschäftigung mit der Vergangenheit unseres Raumes anregen. Dazu dienen die wenigen allgemeinen Literaturangaben am Schluß der Darstellung. Auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat wurde bewußt verzichtet, bei der Darstellung Allgemeinverständlichkeit angestrebt.

Mancher Aspekt der historischen Betrachtung, wie der der Sozialgeschichte, konnte nur gestreift werden, auf manchen, wie den der Kulturgeschichte, mußte aus Zeit- und Raumgründen ganz verzichtet werden. Dem Leser ist zu wünschen, daß ihm trotz dieser Lücken ein historisches Panorama der Heimat augenscheinlich wird. Mein Dank gilt zunächst den Verantwortlichen des Landkreises, die die Veröffentlichung angeregt und hilfreich begleitet haben, der Lichtenfelser Stadtarchivarin, Frau Diplom-Historikerin Christine Wittenbauer, für die Beschaffung eines Teils des Bildmaterials, vor allem aber Herrn Diplom-Historiker Dr. Günter Dippold für manche fachkundige Anregung und seine Hilfe bei der äußeren Gestaltung des Büchleins.

Gerhard Arneth

# 1. Vor- und Frühgeschichte

Das Obermaintal um Lichtenfels umzieht den zergliederten Nordrand der südlich gelegenen Fränkischen Alb bogenartig. Es wird im Norden von den Ausläufern der Haßberge begrenzt. So entstand eine außerordentliche Vielfalt von Landschaftsformen, die schon sehr früh zur Besiedelung einlud. Für den steinzeitlichen Jäger und Sammler war der Schutz durch die Natur überlebenswichtig. Hinzu kam ein günstiges Klima als Voraussetzung eines ausreichenden Nahrungsangebotes. So kam es, daß schon in der Altsteinzeit (bis etwa 8000 v. Chr.) auf den Hochterrassen des Mains Menschen lebten, wie Funde bei Schney und Kösten, bei Krappenroth, Lettenreuth, Burgkunstadt u. a. belegen. Aus Südosten einwandernde Bauern leiteten seit der 2. Hälfte des 6. Jahrtausends v. Chr. allmählich eine neue Kulturrepoche ein. Sie wohnten bereits in festen Häusern und dorftartigen Siedlungen, von denen aus sie Ackerbau und Viehzucht betrieben. Der Gebrauch geschliffener Steinwerkzeuge und die Herstellung von Keramikgefäßen waren für sie typisch. Sie lebten neben den einheimischen Jäger- und Sammlerkulturen und zwangen diese allmählich zur Anpassung. Jungsteinzeitliche Gruppen begingen Ende des 6. vorchristlichen Jahrtausends auch das Staffelberg-Hochplateau.

Gegen Ende der Jungsteinzeit wanderten zwischen 2000 und 1800 v. Chr. neue Gruppen über Thüringen als Nomaden durch das Obermaintal und brachten schnurverzierte Gefäße und glattgeschliffene Äxte mit. Ihre Toten beerdigten sie wie auch in der folgenden Bronzezeit (1800 – 1200 v. Chr.) in Grabhügeln. Während der späten Bronzezeit (12. – 9. Jahrhundert v. Chr.) bestimmten Menschen das kulturelle Gepräge des Maintals, deren Gebrauchsgegenstände und Bewaffnung schon auf hohem Niveau standen. Sie verbrannten ihre Toten oftmals und setzten sie in Urnen bei (Urnenfelderkultur). Ein solcher vorzeitlicher Friedhof mit mehr als 80 Brand- und Steinkammergräbern wurde zum Beispiel bei Grundfeld entdeckt. Die Menschen zogen es in dieser Zeit vor, auf Höhen zu siedeln wie auf dem Staffelberg.

Um 800 v. Chr. brach nach Unruhen am Obermain ein neues Zeitalter an, die Eisenzeit. Die Bevölkerung wuchs in der ersten Phase dieser Epoche, der Hallstattzeit (etwa 750 bis 480 v. Chr.), wie aus dem dichten Fundbestand hervorgeht. Die Hallstattmenschen, wahrscheinlich schon Kelten, bestatteten ihre Toten wieder unter Hügeln. Eines der größten Hügelgräberfelder mit 60 Grabstätten wurde bei Prächting gefunden. Im ganzen Landkreis sind es weit über ein Dutzend, zum Beispiel bei Lettenreuth und Stublang. Grabungen förderten daraus vor allem reich verzierte Keramik zutage, die den Toten beigegeben worden war. Ein wohl einem Häuptling gehörendes Wagengrab entdeckte man bei Neudorf-Görau. Eine ausgedehnte Nekropole auf dem Dornig lässt sich dem nunmehr bewehrten Staffelberg-

plateau zuordnen. Während dieser Berg seit der 2. Hälfte des 6. Jahrtausends v. Chr. immer wieder begangen und wohl auch besiedelt war, entstanden in der Hallstattzeit anderwärts kleine befestigte, burgartige Höhensiedlungen neu. In Oberfranken sind 11 davon gefunden worden.

Siedlungskontinuität ist bis in die frühe Latènezeit um 480—380 v. Chr. festzustellen. Dann vermindert sich der Fundumfang deutlich. Ursache dafür ist hauptsächlich die Abwanderung der Kelten nach dem Süden. Erst aus der Spätlatènezeit (Ende des 2. Jahrhunderts v. Chr.) gibt es wieder reichere Funde. In dieser Zeit vermied das Gros der Kelten die Höhen. Neben einigen befestigten Refugien (Altendorf bei Bamberg, Friesener Warte) bildeten sich am Rande der Mittelgebirge Verwaltungsmittelpunkte mit großräumigem Herrschaftsgebiet aus. Ein solches von den Römern als Oppidum bezeichnetes Zentrum ist als einziges in unserer Gegend der Staffelberg, höchstwahrscheinlich das »Menosgada« des griechischen Geographen Claudius Ptolemäus. Die nächsten auf dem Schwanberg bei Kitzingen und dem Kleinen Gleichberg liegen über 50 Kilometer entfernt.

Von dem zweigliedrigen, 49 ha großen Zentrum auf dem Staffelberg aus beherrschte die aristokratische Oberschicht ein Umland vom Umfang eines heutigen Regierungsbezirks. Hier ragte auf dem Plateau eine burgartige zentrale Befestigung auf.



*Luftaufnahme Staffelberg*

*(Foto: Bornschiegel, Staffelstein)*

Unterhalb des Steilrandes breitete sich ringförmig die teils mit einer Holz-Erde-, teils mit einer Pfostenschlitzmauer befestigte Unterstadt aus. In sie gelangte man durch zwei im Nordwesten und im Südosten gelegenen Zangentore. Werkstätten auf dem Plateau und eine Münzprägestätte sowie der seltene Fund einer Silbermünze aus Kappadokien (Türkei) unterstreichen die Bedeutung der Stadt.

Die befestigte Anlage wurde aus weitgehend unbekanntem Gründen in der Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr. nach nur 150jähriger Blüte aufgegeben. Sicherlich spielte die Landnahme elbgermanischer Stämme eine Rolle, denn deren älteste Siedlung wurde in Staffelstein, also am Fuße des Staffelbergs, gefunden. Daher liegt der Schluß nahe, daß die Germanen auf die keltischen Machtzentren vorstießen, um sie auszuschalten. Vieles spricht aber dafür, daß keine gewaltsame Eroberung des Staffelberges stattgefunden hat. Trotzdem ist die Aufgabe der Stadt vermutlich auf den Druck der neuen Herren zurückzuführen. Das Weiterleben keltischer Keramikformen macht aber deutlich, daß sich Germanen und Kelten arrangierten und kulturell beeinflussten. Bei den Kelten, auf die die Germanen hier trafen, handelte es sich um eine Restbevölkerung, da wohl die meisten abgewandert waren, wie eine auffällige Fundleere im 1. Jahrhundert n. Chr. belegt.

Gegen Ende dieser Zeit zogen Thüringer durch das Obermaintal. Schließlich drängten nach dem Sieg Theuderichs und Chlothars 1. im Jahr 531 über sie vom Westen her auch die Franken in das Gebiet. Im späten 6. oder frühen 7. Jahrhundert ließen sich vom Osten kommende slawische Siedler am Obermain nieder. Alle Siedlungsströme bevorzugten die fruchtbaren Flusstäler gegenüber den ungünstigen Höhenlagen. Über die Verteilung der verschiedenen Volksgruppen geben die Ortsnamen Aufschluß. Im großen und ganzen sind die Orte, die mit den Silben -ingen, -ing und -ungen enden, den Thüringern, die -heim, -dorf, -tal oder bach-Orte den Franken zuzuordnen. Die Slawen, die im Gegensatz zu den Germanen meist in Weilern oder Einzelhöfen lebten, sind in den Ortsnamen Unterzettlitz, Schney, Kösten, Graitz, Redwitz, Schwürbitz, Zeuln sowie in den Namen der Juradörfer Küps, Kümmel, Kemnitz, Göritz u. a. faßbar. Der Staffelberg erlangte im 4. Jahrhundert n. Chr. als befestigte germanische Siedlung wohl noch einmal eine bescheidene politische Bedeutung, ehe er im 5. Jahrhundert endgültig aufgegeben wurde.

## 2. Mittelalter

Gegenüber den anderen Volksgruppen gewannen die Franken die Oberhand im Obermaintal. Um ihre Herrschaft zu sichern, bedienten sie sich der vorhandenen Straßen. Sie legten aber auch neue an und sicherten sie durch Schutzburgen. Außerdem errichteten sie an deren Knotenpunkten Königshöfe. Hallstadt war der

unserem Gebiet am nächsten gelegene Bezugspunkt eines solchen Altstraßennetzes, das zum Teil auch unseren Landkreis überzog. Vom Norden her führte eine wichtige Verbindung, aus dem Erfurter Raum kommend, hinter dem Banzer Berg vorbei dorthin, eine andere überquerte Rodach und Main bei Marktzeuln und Hochstadt, durchzog die Alb und mündete ebenfalls in Hallstadt. Nicht zu vergessen ist auch die Ost-Westverbindung von Eger über Hochstadt und den Banzer Berg nach Frankfurt am Main, die nördlich an Hallstadt vorbeiführte.

Unter den fränkischen Sicherungsanlagen erlangten die am Banzer Berg und wohl auch die in der 1. Hälfte des 9. Jahrhunderts gebaute, etwas kleinere in Burgkunistadt als Mittelpunktsburgen große Bedeutung. Kleine Schutzburgen könnten im südlichen Landkreis der Dornig, im nördlichen alte keltische Anlagen auf dem Kahlberg bei Weismain und auf dem Zeulner Berg bei Marktgraitz gewesen sein, die von den Franken wahrscheinlich zweckentsprechend überformt wurden.

Zur Missionierung der Slawen ordnete Karl der Große in den 90er Jahren des 8. Jahrhunderts die Errichtung von 14 Slawenkirchen an, zu denen wohl auch die drei in unserem Landkreis gelegenen Gotteshäuser Isling, Modschiedel und Uetzing gehörten, vielleicht auch Marktgraitz. Noch Heinrich II. Lag mit der Gründung des Bamberger Bistums 1007 die Slawenmission am Herzen.



*Weismainer Marktplatz mit Pfarrkirche St. Martin*

*(StadtA Lichtenfels)*

Vorher war die Organisation des fränkischen Kirchenwesens von Würzburg und Fulda aus geschehen. Fränkische Urfarreien in Altenbanz, Staffelstein und vielleicht auch Weismain mit weitläufigen Sprengeln bildeten die religiösen Unterzentren der fränkischen Kirchenhierarchie.

Das weltliche Herrschaftsgefüge der fränkischen Könige manifestierte sich in der Gauverfassung, deren Schwerpunkte die Königshöfe waren, im Grabfeld- und im Radenzgau neben Königshofen/Gr., Hofheim und Hallstadt auch Staffelstein. Der Banzgau war ein »Untergau« des Grabfelds, der an der Nahtstelle zum Radenzgau lag. Als fränkisches Königsgut zunächst mit Staffelstein vereint, kam er dann in die Hand der Schweinfurter Markgrafen. Staffelstein dagegen gelangte durch Schenkung in den Besitz des Klosters Fulda, zu dem auch die Orte Döringstadt, Oberoder Unterleiterbach, Pferdsfeld, Ebensfeld, Weichen- oder Dörrnwasserlos und andere gehörten. Neben den Schweinfurter Markgrafen und dem Bistum Würzburg trat seit 1007 das neugegründete Bistum Bamberg am Obermain als Herrschaftsträger in Erscheinung. In der Mitte des 11. Jahrhunderts trat es im Wege eines Tauschgeschäfts das Erbe der Fuldaer Besitzungen um Staffelstein an und konnte danach stufenweise seinen politischen Einfluß mainaufwärts festigen. Nach dem Aussterben der Schweinfurter Markgrafen gelangte es über Alberada, eine Tochter des letzten Grafen, in den Besitz von Marktgraitz, Marktzeuln und Burgkunstadt sowie des Banzer Forstes. Außerdem stiftete Alberada in ihrer Burg auf dem Banzer Berg ein Benediktinerkloster, dessen Vogteihoheit das Hochstift an



*.KlosterBanz*

*(KreisA Lichtenfels)*

sich brachte. Dem Bamberger Domstift schenkte die Schweinfurter Erbtöchter den Fronhof Döringstadt mit neun zugehörigen Orten, der sich im späten Mittelalter zum Dompropsteiamt entwickelte. Staffelstein, das schon im 11. Jahrhundert vom Bischof an die Bamberger Domkanoniker gekommen sein dürfte, wurde zum Mittelpunkt eines Domkapitelamtes.

Während sich das Bistum Bamberg rechts des Mains etablieren konnte und mit der Gründung des Zisterzienserklosters Langheim 1132 oder 1133 auch auf der anderen Seite des Flusses Fuß zu fassen suchte, dehnten die Grafen von Andechs, die später zu Herzögen von Meranien aufstiegen, ihren Machtbereich von Osten her in das Gebiet des heutigen Landkreises Lichtenfels aus, in dem sie die Burgen Lichtenfels und Giech an sich brachten. Sie bedachten Langheim mit reichen Schenkungen und machten es zu ihrem Hauskloster. Auf der rechten Mainseite stiftete Otto I. 1231 dem Kloster Banz Güter und begründete damit den Einfluß der Meranier auf diese Abtei. Herzog Otto II. suchte Banz zu kontrollieren, indem er auf dem Steglitzberg im Westen eine Burg erbauen ließ. Doch der Abt des Klosters zwang im Verein mit den beiden Bischöfen von Bamberg und Würzburg den Meranier dazu, das angefangene Werk wieder abzureißen.

Nach dem Aussterben des mächtigen Herzogsgeschlechts 1248 konnte sich das Bistum Bamberg endgültig am Obermain durchsetzen. Die Burgen Lichtenfels und Niesten fielen nach Auseinandersetzungen mit den eigentlichen Erben an das Hochstift. Die Burg Arnstein erhielten die Truhendinger; erst ca. 150 Jahre später konnte Bamberg diesen Besitz an sich bringen.

Freilich war die Herrschaft noch nicht gesichert, denn das Kloster Langheim strebte nach der Reichsunmittelbarkeit und damit nach der Unabhängigkeit vom Bistum. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Abtei im 14. Jahrhundert konnte Bischof Lampert von Brunn die Zugehörigkeit des Zisterzienserklosters zu Bamberg sichern. Dagegen verselbständigte sich das Domkapitelamt Staffelstein weitgehend, indem es die landesherrlichen Befugnisse des Bischofs in seinem Herrschaftsbezirk zurückdrängte. Es wurde »ein Staat im Staate«.

Von außen bedrohten das Hochstift Würzburg und das Herzogtum Sachsen-Coburg die barmbergische Landesherrschaft über das Kloster Banz. Gegen beide konnte sich Bamberg behaupten. Nach Verträgen von 1685 und 1688 teilten sich die beiden Bistümer die Herrschaft über das Kloster. Die entscheidenden weltlichen Rechte wurden dabei Bamberg bestätigt, Würzburg blieb auf die geistlichen beschränkt.

Mit der Ausbildung des Bamberger Territorialstaates entwickelte sich auch in unserem Gebiet eine funktionierende, wenngleich uneinheitliche Ämterorganisation. Im heutigen Landkreis bildeten sich 3 »unmittelbare« Ämter, Lichtenfels, Weismain und Burgkunstadt, und 5 »mittelbare« aus. Davon gehörte je eines zu den





*Staffelseiner Marktplatz um 1900*

*(Postkarte, Stadt A Lichtenfels)*

landsässigen Klöstern Banz und Langheim, eines, Staffelstein, zum Domkapitel und zwei, Döringstadt und Maineck, zur Dompropstei. Sie waren in verschiedenen Organisationsformen und auf unterschiedliche Weise für die vielfältigen landesherrlichen Aufgaben zuständig, für die allgemeine Verwaltung, die niedere Gerichtsbarkeit, für Steuereintreibung und Zölle. Sitze der Ämter waren ursprünglich die landesherrlichen Burgen; sie wurden erst im 16. oder 17. Jahrhundert, wenn möglich, in die nahegelegenen Städte verlegt, von Niesten nach Weismain, von der Burg in die Stadt Lichtenfels.

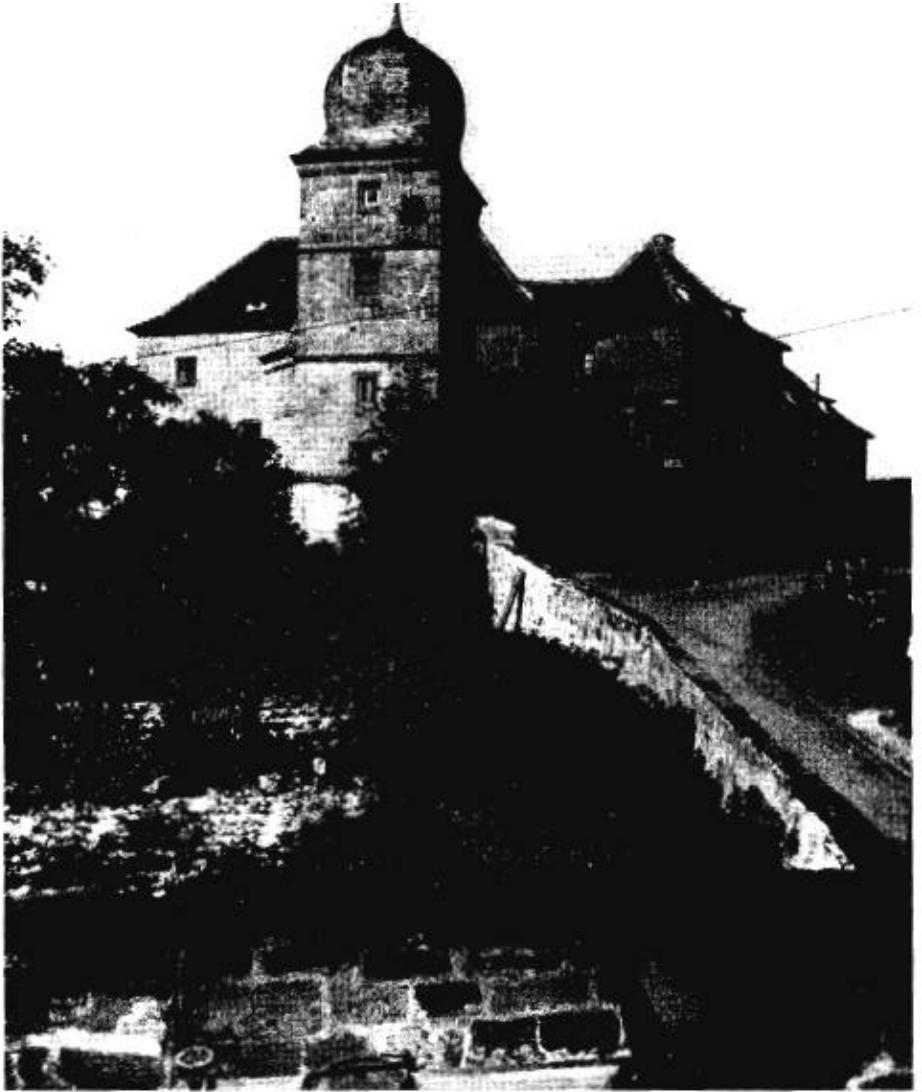
Schwierig gestaltete sich das Verhältnis des Hochstifts Bamberg zu den im späteren Landkreis Lichtenfels residierenden Reichsrittern, die nicht der bischöflichen Landeshoheit unterstanden. Damit waren ihre Mitglieder der Gerichtsbarkeit des Bamberger Bischofs entzogen. Auch ihre Steuern zahlten sie an ihre eigenen Organisationen, die Kantone. Außerdem hatte sie der Landesherr nicht verpflichten können, an den fürstlichen Landtagen teilzunehmen.

Vor allem im Osten des heutigen Kreisgebietes hatten sich Besitztümer von Reichsrittern entwickelt. Redwitz und Wildenroth gehörten der Familie von Redwitz, Ebneith den Marschalk von Ebneith, später den Freiherren von Seckendorf, Kleinziegenfeld und Strössendorf den Freiherren von Schaumberg, Schney und Unterleiterbach demselben Geschlecht, seit 1710 den Grafen von Brockdorff. Außerdem hatten auch andere adelige Familien Streubesitz am Obermain, etwa die Freiherren von Greiffenclau oder die Grafen von Schönborn.



*Das Rathaus in Burgkunstadt*

*(StadtA Lichtenfels)*



*Schloß Redwitz um 1910*

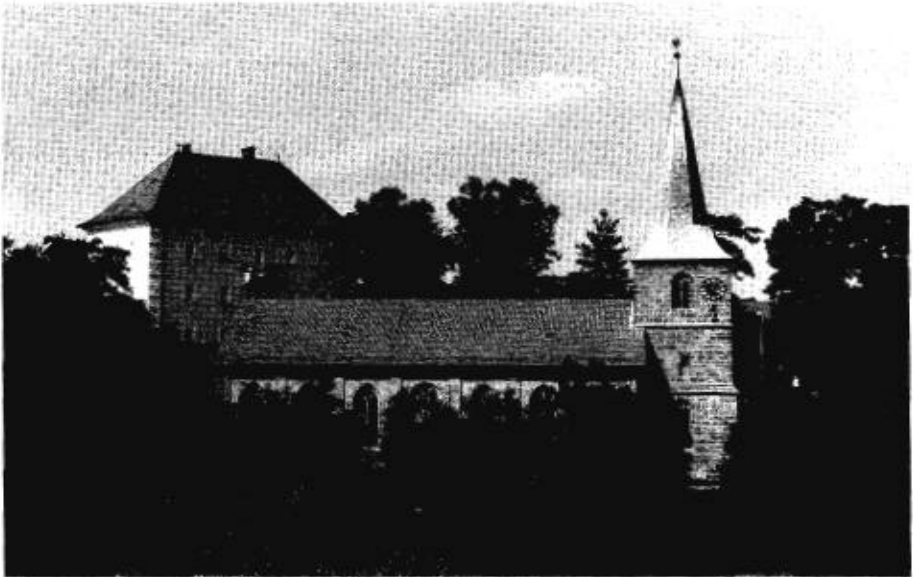
*(StadtA Lichtenfels)*

## 3. Neuzeit

### 3.1. Reformation und Gegenreformation

Ferne Vorboten der Reformation waren die spätmittelalterlichen Glaubens- und sozialrevolutionären Bewegungen der Hussiten. Unter Prokop dem Großen suchten sie 1425 auf ihren Kriegszügen den östlichen Teil unseres Landkreises auf ihrem Weg über die Fränkische Alb nach Hollfeld, Scheßlitz und Bamberg heim. Obwohl ihnen die Städte Burgkunstadt und Weismain zum Opfer fielen, vielleicht auch das Kloster Langheim, gaben sie in unserem Gebiet keine nachhaltigen Anstöße zu religiösen oder sozialen Veränderungen.

Anders die Reformation lutherischer Prägung! Als die Prädikanten des neuen Glaubens zu Beginn der 20er Jahre des 16. Jahrhunderts durch die Kirchengemeinden des späteren Landkreises zogen, fanden sie beim Kirchenvolk lebhaften Zuspruch. Schon 1526 predigte der Pfarrer von Schney, Friedrich Schwalb, der in Wittenberg studiert hatte, im Sinn Luthers, 1530 der Pfarrer von Isling, Heinrich Popp. Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach führte im Krieg



*Pfarrkirche Schney mit Schloß*

*(~KreisA Lichtenfels,.)*

gegen den Bamberger Bischof 1552/53 auf dem Gebiet der Ämter Lichtenfels, Nie-  
sten und Burgkunstadt den lutherischen Gottesdienst ein und ließ nur Pfarrer zu,  
die den markgräflichen Priestereid schworen.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts war der größte Teil der Bewohner der Gegend am  
Obermain evangelisch-lutherischer Konfession. Auch in den Pfarreien des  
Würzburger Bistums rechts des Mains, in Marktgraitz, Marktzeuln, Altenbanz,  
Döringstadt wirkten kontinuierlich evangelische Geistliche, aber auch in Mainroth  
und in den langheimischen Pfarreien Altenkunstadt, Isling, Kirchlein und  
Modschiedel.

Neben den vielen lutherischen Kirchengemeinden entstanden nach 1526 in einzel-  
nen Orten des heutigen Landkreises, vor allem um Staffelstein und Uetzing, solche  
des Wiedertäuferturns Hans Huts, der im ganzen süddeutschen Raum und in  
Österreich erfolgreich predigte. Heimlicher Versammlungsort der Anhänger Huts  
war bevorzugt die Hopfenmühle in Staffelstein. Aber auch anderswo wurden sol-  
che Taufversammlungen abgehalten: so in Zilgendorf, Horsdorf, Loffeld, Stublang,  
Schwabthal und Oberküps. Verwandtschaftliche Beziehungen garantierten dabei  
Ausbreitung und Zusammenhalt der Täuferbewegung.

Der Erfolg der Reformation verwundert nicht, denn der sittlich-religiöse Verfall  
war augenscheinlich, wie sich am Beispiel des monastischen Lebens leicht zeigen  
läßt. Der innere Zustand der beiden im Landkreis gelegenen Klöster in der Refor-  
mationszeit war geprägt durch einen sinkenden Bildungsstand und Rückgang der  
Zahl der Mönche. In Langheim entsprach das Klosterleben längst nicht mehr den  
traditionellen Idealen der Zisterzienser. Die Handarbeit der Mönche auf dem um-  
fangreichen Besitz war großteils aufgegeben, die strengen Speiseregeln durchbro-  
chen, die absolute Besitzlosigkeit der einzelnen Konventsmitglieder locker gehand-  
habt. Manche Mönche verließen im Laufe des 16. Jahrhunderts das Kloster. Seit  
1530 gingen keine Langheimer Mönche mehr zum Studium an die Universitäten.  
Abt Friedrich Marschalk wurde wegen seines provozierenden Lebenswandels und  
seiner das Kloster ruinierenden Mißwirtschaft vom Bamberger Bischof Veit von  
Würzburg abgesetzt. Gleichwohl konnte von einer ausgesprochenen  
Verwahrlosung des Klosters oder gar der Auflösung der Klostergemeinschaft keine  
Rede sein.

In existenzbedrohende Turbulenzen geriet dagegen das Kloster Banz. Die Benedik-  
tinerabtei diente ja vor der Reformation als Pfründen- und Versorgungsinstitution  
adeliger nachgeborener Söhne. Manche kehrten der Klostergemeinschaft den  
Rücken, nicht ohne einen ihnen zustehenden Teil des Klostergutes mitzunehmen.  
So schrumpfte der Konvent schließlich auf nurmehr drei Mitglieder, mit denen zu  
allem Überflus Abt Georg Truchseß von Henneberg im Streit lag. Schließlich  
wurde er wie der Langheimer Abt suspendiert.

Wie reagierte nun die katholische Obrigkeit auf die reformatorischen Bewegun-  
gen?

Mit den Wiedertäufern wurde im Bistum Bamberg durch Zusammenwirken mit dem Markgrafen von Brandenburg-Kulmbach und der Coburger Regierung kurzer Prozeß gemacht. Widerriefen sie nicht, wurden sie eingekerkert, zu Geldstrafen verurteilt, des Landes verwiesen oder gar hingerichtet. Schwieriger gestaltete sich die Rekatholisierung der Lutheraner, da die Interessen der fränkischen Bistümer und der evangelisch gewordenen Landesherrn von Coburg und Kulmbach gegensätzlich waren. Außerdem leistete der Großteil der fränkischen Reichsritter Widerstand. Erste gegenreformatorische Maßnahmen setzten unter Bischof Neithard von Thüngen (1591 – 1598) ein. Ein schon vorher erlassenes Ehemandat – das Verbot der Trauung, wenn ein Partner protestantisch war – versuchte er durchzusetzen, freilich mit der Folge, daß nicht selten in evangelischen Pfarreien geheiratet wurde. Daher griff der Bischof zum Mittel der Visitation. Im mehrheitlich evangelischen Lichtenfels setzten seine Kommissare alle evangelischen Ratsmitglieder ab, wenn sie nicht katholisch wurden. Gestützt auf das »ius reformandi« des Landesherrn wurden die protestantischen Untertanen vor die Wahl gestellt zu konvertieren oder auszuwandern. Die Mehrzahl gehorchte, aber die Standhaften verkauften ihre Anwesen und zogen fort, etwa die Hälfte davon nach Schney.

Im Amt Lichtenfels waren zunächst nur die Untertanen des Bamberger Bischofs betroffen, denn die Hintersassen der Adeligen konnten unter dem Schutz ihrer Grund- und Gerichtsherrn bleiben. Für sie wurden die evangelischen Pfarreien wie z. B. Schney zum religiösen Bezugspunkt. Dorthin gingen sie zum Gottesdienst, dort wurden sie auch vom evangelischen Pfarrer begraben. Während des 30jährigen Krieges versuchte der Bamberger Bischof Johann Georg Fuchs von Dornheim (1623 – 1633), gestützt auf das Restitutionsedikt Kaiser Ferdinands II., wonach jeder Besitz, der vor 1552 Eigentum der katholischen Kirche gewesen war, zurückerstattet werden sollte, die betroffenen Pfarreien systematisch wieder mit katholischen Geistlichen zu besetzen. Mit rücksichtslosen Zwangsmitteln, wie der Einquartierung der ganzen Garnison von Forchheim in Schney, setzte der Landesherr das Edikt durch. Nach der Besetzung der Bamberger Ämter am Obermain durch das schwedische Heer Gustav Adolfs 1632 gab es kurzfristig eine gegenläufige Tendenz, die in der Bestallung vor allem ritterschaftlicher Pfarreien mit evangelischen Pfarrern sichtbar wurde.

Den endgültigen Zustand stellte der Westfälische Friede von 1648 her, der den Besitzstand der beiden Konfessionen von 1624, dem »Normaljahr«, festschrieb. Manche ritterschaftliche Pfarrei, z. B. Schney, mußte vom Bamberger Bischof aufgegeben werden. Was blieb, ist die für unser Gebiet konfessionelle Gemengelage, die sich bis nach dem Zweiten Weltkrieg fast unverändert hielt. Schwerpunkte des evangelischen Glaubens waren die ritterschaftlichen Gemeinden, in der ein Adelliger Grund- und Dorfherr war. Dörfer im Besitz der beiden Bischöfe von Würzburg und Bamberg sowie unter klösterlicher Herrschaft blieben überwiegend katholisch.



Abt Peter Schönfelder von Langheim

(Repro: Richter, Klosterlangheim)

Auch in den beiden Klöstern setzte sich die Gegenreformation mehr und mehr durch. In Langheim begann Abt Johann Bückling (1592 — 1608) eine kraftvolle Reform in enger Anlehnung an die Rekatholisierungspolitik des Hochstifts Bamberg. Klosterbedienstete evangelischen Glaubens ließ der Abt durch Katholiken ersetzen. Um den Bildungsstand des Klosterkonvents zu heben, schickte er sechs begabte Mönche an die Universitäten Dillingen und Würzburg, drei davon ließ er danach in Rom studieren. Rigoros stellte er seine Bauern vor die Wahl: Konversion oder Emigration und brachte bis 1599 über 2000 davon wenigstens äußerlich zum katholischen Glauben zurück. Lehensleute, die nicht schnell genug auswanderten, weil sie ihren Besitz nicht los wurden, ließ er einfach ins Gefängnis werfen.

Neben Zwang und Pression gab es in Langheim aber auch pastorale Neuansätze. In den Pfarreien wurde die Seelsorge verbessert, die Wallfahrt nach Vierzehnheiligen neu belebt. Die Folgeäbte, vor allem Peter Schönfelder (1608 — 1620), führten die Reformen weiter, und ihr Kloster übernahm wieder Vorbildfunktion im katholischen Leben am Obermain.

Die religiösen und sittlichen Zustände galt es radikal zu ändern. Die Seelsorgepraxis und vor allem der Lebenswandel der Geistlichen ließen sehr zu wünschen übrig. In vielen Pfarreien lebten die Pfarrer im Konkubinat, einige mehrfach, ein Lebenswandel, der beim Kirchenvolk Anstoß erregte, so zum Beispiel im späten 16. Jahrhundert in den vier von Langheim betreuten Pfarreien Isling, Altenkunstadt, Modschiedel und Kirchlein. Glaubensunsicherheit und Predigtmüdigkeit hatten ein übriges getan, um den Zulauf der Menschen zum neuen Glauben zu fördern.

Nach dem 30jährigen Krieg wich die militante Auseinandersetzung zwischen evangelischem und katholischem Glauben dem Versuch einer Bekehrung der Protestanten durch Disputation und Überzeugung. Mauritius Knauer (1649 — 1664), der Verfasser des 100jährigen Kalenders, lud zum Beispiel Lehrer und Schüler des Coburger Gymnasiums zu einer philosophischen Diskussion in die Klosterschule ein.

Banz erlebte den Wandel zur Reform unter dem Abt Johann Burkhardt (1575 — 1598), der als Mitstreiter des Würzburger Bischofs und konsequenten Reformators Julius Echter von Mespelbrunn (1573 — 1617) das Ende des Klosters als eines Versorgungsinstituts für nachgeborene adelige Söhne durch die Öffnung für alle Schichten der Bevölkerung durchsetzte. Ein Gutteil ursprünglichen benediktinischen Geistes kehrte dadurch in die Abtei zurück.



## 3.2. Machtpolitische Auseinandersetzungen in der Reformationszeit

Politisch fallen in das Zeitalter von Reformation und Gegenreformation die drei herausragenden, unruhigen Zeitabschnitte, die die Geschichte der Neuzeit vor der Französischen Revolution im späteren Landkreis Lichtenfels entscheidend prägten, der Bauernkrieg (1525), der Markgräflerkrieg (1552—1554) und der 30jährige Krieg (1618—1648).

Ersterer traf in unserem Gebiet sowohl die Adelssitze als auch die Klöster hart. Die Aufständischen plünderten die Burgen Lichtenfels, Schney, Niesten, Göräuf, Ebnet, Oberbrunn u. a. und zerstörten sie zum Teil. Auch die Klöster schonten sie nicht. Als der Aufstand bedrohlich wurde, belegte eine Abordnung Lichtenfelser Bürger Banz. Auf Anordnung eines Ausschusses von insgesamt 18 Vertretern der Ständeversammlung des Hochstifts Bamberg besetzten je 20 Leute aus den fünf Städten Lichtenfels, Kronach, Burgkunstadt, Weismain und Staffelstein die Abtei Langheim zu deren Schutz. Trotzdem versuchte am 11. Mai 1525 ein Bauernhaufen aus Burgkunstadt in die Abtei einzudringen. Schließlich gab der Ausschuss dem Druck der Aufständischen nach und beschloß, neben anderen Abteien auch Langheim aufzulösen, um deren Einkünfte zur Deckung öffentlicher Lasten zu verwenden. So wurde das Inventar dieses Klosters auf die fünf Städte verteilt. Das Übriggebliebene plünderten Bauernhaufen, wobei sie selbst Gräber von Adeligen nicht verschonten, in denen sie wertvolle Beigaben vermuteten. Dann zündeten sie die Gebäude an. Am beweglichen Gut des Klosters Banz hielten sich zunächst die Lichtenfelser Bürger schadlos. Dann nahmen sich die Staffelsteiner, die fürchteten, zu kurz zu kommen, den Rest. Die meisten Klosterhöfe gingen in Flammen auf, Vierzehnheiligen und die Staffelberg-Kapelle wurden als Symbole der Werkfrömmigkeit in Brand gesteckt.

Nachdem der Schwäbische Bund den Aufstand niedergeworfen hatte, ließen sich die Reichsritter den erlittenen Schaden oft dreifach ersetzen; die Klöster brauchten Jahrzehnte, um sich zu erholen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts setzten die Raubzüge des Markgrafen Albrecht Alcibiades das Obermainland in Angst und Schrecken. Dieser zwang den Bamberger Bischof zur Herausgabe der Ämter Weismain, Burgkunstadt und Mainneck, nahm Lichtenfels ein und plünderte 1553 Langheim. Im gleichen Jahr eroberte das Heer eines Fürstenbundes die heutige Kreisstadt zurück, wobei sie in Schutt und Asche fiel. Wenige Monate später war der Markgraf endgültig besiegt.

Im 30jährigen Krieg blieb das Gebiet um Lichtenfels und Staffelstein zunächst von Heimsuchungen verschont. Erst nach 1632, als die Schweden in das Hochstift Bamberg eingedrungen waren, wurde Lichtenfels gleich zweimal erobert, die Stadt und ihre Umgebung geplündert. In Staffelstein richteten die feindlichen Soldaten nach deren Einnahme des Ortes am 7. Februar 1633, einem Fastnachtsmontag, ein Blutbad an, dem 99 Menschen zum Opfer fielen. Wenige Tage danach plünderten die in schwedischen Diensten stehenden Truppen das Kloster Banz aus. Sie machten alles, was sie fanden, zu Geld, die zwölf Glocken, die Bibliothek; sogar die Gräber öffneten sie, um nach wertvollen Grabbeigaben zu suchen. Der Klosterschatz von 12000 Gulden wurde gefunden und weggeschafft. Abt Kaspar Förkel geriet auf der Flucht nach Kronach in die Gefangenschaft der protestantischen Truppen und wurde nach Königshofen gebracht, wo er 1635 starb. Zur gleichen Zeit raubte das Kriegsvolk Langheim aus und versteigerte dessen Klostervieh in Coburg. 1646 schlug Erzherzog Leopold Wilhelm von Österreich für vier Wochen sein Hauptquartier in Staffelstein auf. Kaiserliche, schwedische und französische Truppen durchzogen das flache Land und bedrängten auch weiterhin die beiden Klöster schwer, deren Mönche zum Teil in das ruhigere Österreich geflohen waren. Insgesamt waren die Kriegsschäden gewaltig: Im Amt Weismain z. B. existierten von 738 Haushalten vor Kriegsbeginn noch 393, von 714 Wohnhäusern waren nur 397 übriggeblieben.

## 4. 19. und 20. Jahrhundert

### 4.1. Die Säkularisation und ihre Folgen

Grundlegend änderten sich die Verhältnisse in unserem Landkreis, als das Hochstift Bamberg im Gefolge des Kongresses von Rastatt (1797/99) und des Friedens von Lun~ville (Februar 1801) nach dem Willen Napoleons als Ausgleich für verlorenes Gebiet westlich des Rheins an das Kurfürstentum Bayern kam. Der im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 beschlossenen Säkularisation der geistlichen Fürstentümer folgte die Kirchengutssäkularisation auf dem Fuß, die zur Auflösung der beiden im Landkreis gelegenen Klöster Banz und Langheim führte. Schon wenige Tage nach der Übernahme des Hochstifts verpflichtete eine kurfürstliche Kommission die beiden Klöster auf den neuen Herrn. Dann erfolgte ihre Aufhebung. Nach einer Bestandsaufnahme ihres ganzen Besitzes wanderten Dokumente, Bücher und Sammlungen nach Bamberg, einiges auch nach München, wo sie Archiv, Bibliothek und »Kabinette« bereicherten. Abte und Mönche erhielten eine ihrem Rang entsprechende Pension, die Abte außerdem standesgemäße Wohnsitze in früheren Klosterhöfen. Während der allergrößte Teil der Bau-



*Reste der Klosteranlage von Langheim*

*(Postkarte frühes 20. Jahrhundert, Stadt Lichtenfels)*

substanz von Banz dadurch gerettet werden konnte, daß Herzog Wilhelm in Bayern die einstige Klosteranlage erwarb, wurden die durch ein Brandunglück 1802 geschädigten Gebäude Langheims überwiegend als Steinbruch benützt. Nur wenige, vor allem die Wirtschaftsgebäude, blieben erhalten. Den Eigenbesitz der Abteien ließ der Staat gleich dem beweglichen Inventar zum größten Teil versteigern und verkaufen. Die geschlossenen Waldbestände, besonders der Langheimer und der Banzer Forst, wurden unmittelbarer Staatsbesitz. Zum Glück gelang es der heftig protestierenden Bevölkerung zu verhindern, daß die von Langheim gebaute Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen der Spitzhacke zum Opfer fiel. Auch der größte Langheimer Klosterhof, Tambach, blieb als Ganzes bestehen, da er den Grafen von Ortenburg als Ausgleich für ihren in Niederbayern verlorenen Besitz zugesprochen wurde.

## **4.2. Neuorientierung des kirchlichen Lebens nach der Säkularisation**

Die Säkularisation bayerischer Klöster wie Banz und Langheim war Ausdruck eines Zeitgeistes, der kirchlichen Institutionen abhold war. Auch Ordensgemeinschaften, insbesondere Banz, hatten schon Ende des 18. Jahrhunderts die Aufklärung gefördert und mitverbreitet. Sie hatte sich deshalb in den Köpfen der Mönche festgesetzt. So gingen nicht alle nach der Auflösung der Klöster am Obermain in die Seelsorge; manche wandten sich nach ihrer Meinung »natürlichen« Beschäftigungen zu. So wurde der Langheimer Konventual Joachim Heinrich Jäck (1777—1847) der erste Bibliothekar der Bamberger Staatsbibliothek, Aegidius Melchior Baumann (1776—1855) aus derselben Abtei »königlicher Industrie-Inspektor« der sich überall ausbreitenden Schulgärten.

Auch das Selbstverständnis der Landpfarrer änderte sich~ Nicht nur Vermittler von Glaubensinhalten und Seelsorger wollten sie sein, sondern auch Volkslehrer, die ihre Gemeinden über die neuesten Ergebnisse im Bereich des Gartenbaus, der Obstbaum- und Bienenzucht, des Blitzableiterbaus u. a. aufklären wollten. Um solche Inhalte in der Praxis zu vermitteln, legte zum Beispiel der frühere Banzer Mönch Augustin Geyer (1774 — 1837) als Pfarrer von Banz im Pfarrgarten eine Obstbaumzucht an und bepflanzte manche Wegränder der Umgebung mit Obstbäumen.



*Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen*

*(KreisA Lichtenfels)*

Glaubensdemonstrationen sollten aus der Öffentlichkeit verschwinden. Zwar konnte die Wallfahrtskirche zu den Vierzehnheiligen vor dem Zugriff der Säkularisation gerettet werden, aber Prozessionen dorthin wurden, wenn sie im großen Stil organisiert waren, als zu zeitraubend und für die Förderung des Gemeinwohls unnütz verboten, nur Einzelwallfahrten oder solche in kleinen Gruppen noch gestattet. Auch eine ein dreiviertel Jahrhundert bestehende Karfreitagsliturgie auf dem Staffelberg unter der Führung der Staffelsteiner Pfarrei, zu der viele Gläubige aus den umliegenden Pfarreien zusammenströmten, wurde von der bayerischen Staatsregierung untersagt, ebenso liebgewordene Traditionen wie das Ausschmücken von heiligen Gräbern oder Bittgänge.

Typisch für die Auswirkung des diesseitsorientierten Zeitgeistes war die Beseitigung von Wegkreuzen, Marterln, Flurkapellen, die Ruhebänke Platz zu machen hatten, und der Abriß von »entbehrlichen Nebenkirchen und Capellen«, deren Steine zum Neubau von Schulhäusern oder zu deren Erweiterung verwendet werden sollten. In den Amtsbezirken Döringstadt, Banz, Lichtenfels, Langheim und Weismain standen ungefähr 15 Kapellen zur Disposition, u. a. die Hankirche bei Kutzenberg, die Kirche auf dem »Veitsberg«, die Katharinenkapelle in Oberküps, für deren Abriß der zuständige Pfarrer von Kleukheim sich besonders stark machte, die Burgbergkapelle in Lichtenfels, die Kapelle in Unterwallenstadt u. a. Zum



*Die Veitsbergkapelle*

*(iKreisA Lichtenfels)*

Abriß dieser Gotteshäuser kam es wegen massiven Widerstandes der Bevölkerung dann doch nicht. Dem Zeitgeist fiel allerdings die Klausenkapelle in Burgkunstadt zum Opfer, die profaniert und 1816 teilweise abgetragen wurde. Die von der kurfürstlichen Landesdirektion verächtlich als »Aushängeschild der Religionsschwärmerei« bezeichneten religiösen Bauten und Denkmäler blieben so zum allergrößten Teil erhalten.

Da 1805 das Hochstift Würzburg zum Großherzogtum wurde, das frühere Fürstbistum Bamberg aber zu Bayern gehörte, wurden Korrekturen der Diözesangrenzen notwendig, denn Bayern wollte die kirchlichen Grenzen den weltlichen angleichen. Daher fiel eine Reihe von rechtsmainischen, ehemals würzburgischen Pfarreien im heutigen Kreisgebiet an das neue Erzbistum Bamberg, so Altenbanz, Banz, Döringstadt, Marktgraitz und Marktzeuln. Sie wurden nach der Verwaltungsneuordnung von 1826 teils dem Dekanat Lichtenfels, teils dem Dekanat Kronach zugeordnet.

Auch was die Neuorganisation der Pfarreien betrifft, änderte sich Grundsätzliches. Nach dem bayerischen Religionsedikt von 1803 wurde die völlige Gleichstellung zwischen Protestanten und Katholiken durchgesetzt, und so war der Weg für eine protestantische Kirchenorganisation frei. Zentrum im Gebiet des Landkreises wurde das 1807 zum Dekanatssitz erhobene Michelau, dem insbesondere frühere ritterschaftliche Orte zugeordnet waren.

Das konkrete religiöse Leben in den einzelnen Pfarreien wurde aber durch die Auflösung des bis in das frühe 19. Jahrhundert hinein bestehenden Territorialprinzips weit mehr beeinflußt als durch die kirchliche Verwaltungsreform. Vor der Säkularisation waren die Pfarrer eines gebietsmäßig streng abgegrenzten Pfarrsprengels für die drei Kasualfälle (Taufe, Eheschließung, Bestattung) zuständig, gleich welcher Konfession das betroffene Pfarrkind angehörte. So war der fast ausschließlich protestantische Ort Michelau, in dem nur die Familie des Schullehrers katholisch war, Teil der katholischen Pfarrei Marktgraitz, seine lutherischen Einwohner wurden also vom dortigen katholischen Pfarrer getauft, verheiratet und beerdigt. Den Sonntagsgottesdienst besuchten sie aber in den umliegenden protestantischen Orten, namentlich in Schney. 1803 erhob der bayerische Kurfürst Michelau zur protestantischen Pfarrei und bestimmte die katholische St. Anna-Kapelle als Gottesdienstraum. Ein Streit um die nun von beiden Konfessionen benutzte Kapelle, die die Protestanten als alleiniges Eigentum beanspruchten, führte schließlich im Jahre 1805 am Annafest zu einem bewaffneten Angriff von Bürgern aus Lichtenfels, Staffelstein und Marktzeuln auf die von den Michelauern besetzte Kirche. Angeführt wurden die Angreifer vom Pfarrer aus Marktgraitz, der in der Kapelle den Patronatsfestgottesdienst halten wollte. Zwar konnten sich die Michelauer erfolgreich wehren, aber sie handelten sich eine gerichtliche Untersuchung des Vorfalles und

empfindliche Strafen ein. Erst 1810 verzichteten die Katholiken auf den Simultangebrauch der Kapelle und überließen sie den Lutheranern.

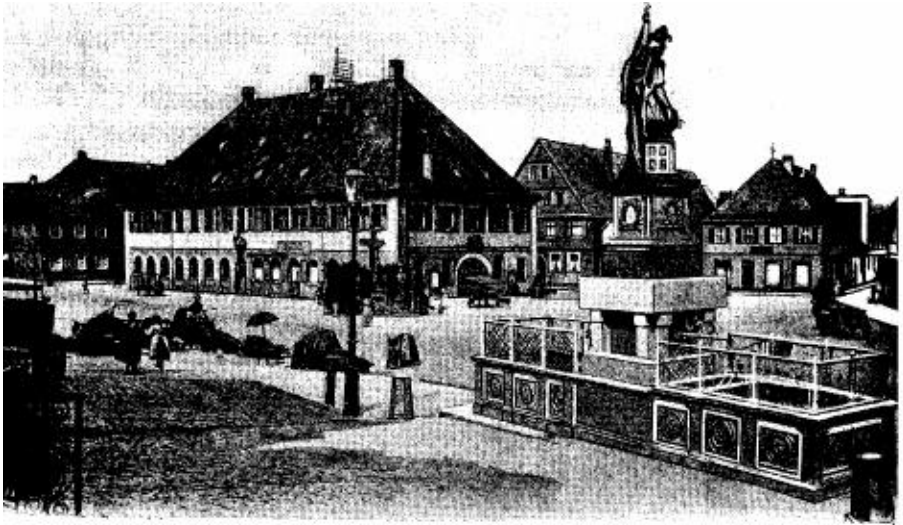
Das Beispiel zeigt, wie schwierig die Umgestaltung der als widersinnig erkannten und den Bedürfnissen der Gläubigen zuwiderlaufenden Territorialpfarreien zu nach Seelen zählenden Pfarrsprengeln manchmal gewesen ist. Ging es doch nicht nur um konfessionellen Einfluß, sondern auch um die mit einer Pfarrstelle verbundenen Dotierungen. Trotzdem gab es eine Reihe von Änderungen in der Zugehörigkeit von Gläubigen zu einer Pfarrei. So wurden zum Beispiel die Schneyer Katholiken dem katholischen Pfarrer von Lichtenfels, die Lichtenfelser Protestanten im Gegenzug dem evangelischen Pfarrer von Schney zugewiesen.

Parallele Entwicklungen sind im Judentum festzustellen. Ab 1813 wurden Distriktsrabbinat mit genau umrissenen Sprengeln eingerichtet (Redwitz und Burgkunstadt). Eine innerjüdische Reformbewegung drängte zudem auf Liturgiereformen.

### **4.3. Die Umgestaltung der Verwaltungsstruktur und ihre Folgen**

Nachdem das Hochstift Bamberg bayerisch geworden war, sah sich die Regierung zu einer Neuorganisation der Verwaltung gezwungen. Graf Maximilian von Montgelas (1759—1838), damals leitender Minister der bayerischen Regierung, ließ als erstes die Mittelbehörden neu einteilen. So wurde aus dem ehemaligen Fürstbistum zunächst die »Provinz Bamberg«, dann ein Teil des »Obermainkreises«, seit 1837 »Oberfranken«. Die ehemaligen fürstbischöflich-bambergischen Ämter wurden den neuen Unterbehörden, den Landgerichten, eingegliedert. Diese nahmen neben »Justiz- und Polizeyaufgaben« auch die allgemeine Verwaltung wahr. Justiz und Verwaltung waren also zunächst noch nicht getrennt. In unserem Gebiet bildeten sich weitläufige Landgerichtssprengel aus, denen die früheren Ämter Burgkunstadt, Langheim, Staffelstein, Döringstadt und Mainneck zum Opfer fielen. Übrig blieben nur Lichtenfels, Weismain und bis 1813 auch Banz. Nach 1813 war der Landrichter von Lichtenfels für Orte des einstigen Amtes Lichtenfels und Teile der alten Vogteiämter Banz, Döringstadt, Langheim, Staffelstein sowie anderer heute außerhalb des Landkreises liegender Ämter zuständig. Der Sprengel des Landgerichts Weismain wurde vor allem um das aufgegebene Amt Mainneck und Bestandteile des alten Klosteramtes Langheim erweitert.





*Die Amtsräume des Landgerichts Lichtenfels befanden sich im Rathaus der Stadt  
(Postkarte um 1900, StadtA Lichtenfels)*

Kleinste Einheiten der Verwaltung waren die Steuerdistrikte, die den lokalen Steuerbehörden, den Rentämtern, zugeordnet waren.

Nachdem das Edikt über das Gemeindewesen vom 24. September 1808 die Selbstbestimmung und -verwaltung der Bürger zunächst ziemlich eingeschränkt hatte, brachte zehn Jahre später das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 den Kommunen eine gewisse Eigenständigkeit zurück, allerdings unter staatlicher Oberaufsicht. Aufgrund der günstigen Vermögensverhältnisse gelang es den Städten Lichtenfels, Staffelstein, Burgkunstadt und Marktzeuln zu Kommunen mit einem eigenen Magistrat erklärt zu werden. Alle anderen Orte machte die Gemeindeordnung zu Ruralgemeinden mit Ortsvorstehern an der Spitze, denen Gemeindeversammlungen beratend zur Seite standen. Im Landgericht Lichtenfels gab es davon 40, im Landgericht Weismain 21, insgesamt also 61.

Die fränkische Reichsritterschaft durfte auch unter bayerischer Verwaltung einige Privilegien behalten, so ihre gutsherrschaftlichen Rechte und vor allem die niedere Gerichtsbarkeit. Die schon oben genannten adeligen Herrschaften bestanden ohne Ausnahme als Patrimonialgerichte fort. Pferdsfeld mit Burgberg wurde als solches sogar neu gebildet. Diesen Gerichten waren jedoch nach Gebietsumfang und Zuständigkeit enge Grenzen gesetzt. Außer den Patrimonialgerichten etablierte sich in Banz ein Herrschaftsgericht, das den Landgerichten gleichgestellt war.

Die Revolution von 1848 richtete sich in unserem Gebiet vor allem gegen die letzten Privilegien der Reichsritter. Die Aufständischen forderten die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und weiterer adeliger Sonderrechte. Nach Überfällen auf die Schlösser Schney, Wildenroth, Oberlangenstadt und Redwitz flohen die Adelligen überwiegend in die Städte.

Unter dem Eindruck der Unruhen übernahm der bayerische Staat mit dem 1. Oktober 1848 die gesamte Gerichtsbarkeit und hob die Patrimonial- und Herrschaftsgerichte auf.

In der Folgezeit bildete sich die überörtliche Selbstverwaltung aus. In den seit 1852 bestehenden Distriktsgemeinden gab es ein gewähltes Vertretungsorgan, den Distriktsrat, mit einem aus ihm gebildeten Verwaltungsgremium, dem Distriktsausschuß. Den Vorsitz beider Organe hatte allerdings der vom Staat bestellte Landrichter.

1862 konnte endlich die von den Liberalen schon lange geforderte Trennung von Justiz und Verwaltung verwirklicht werden. Während die Landgerichte als reine Justizstellen fortbestanden, wurde für die Verwaltung der Bezirk (der spätere Landkreis) neu geschaffen. Je zwei der früheren Landgerichte wurden in unserem Gebiet nach einer Verfügung vom 24. Februar 1862 zu einem Bezirk vereinigt:



*Das während des 1. Weltkrieges errichtete Gebäude des Königlichen Bezirksamts Lichtenfels (Postkarte, StadtA Lichtenfels)*

Lichtenfels mit Weismain zum Bezirk Lichtenfels, Staffelstein mit Seßlach zum Bezirk Staffelstein. Letzteres war erst im gleichen Jahr kurz vor der Vereinigung aus Gemeinden der Landgerichte Scheßlitz, Lichtenfels und Seßlach gebildet worden. Trotz ungünstiger geographischer Gestalt und Randlage der Bezirksstädte im zugehörigen Verwaltungsgebiet überstanden die Bezirke weitgehend unverändert die Geschichte bis zur großen Gebietsreform von 1972.

## 4.4. Die Industrialisierung

In seiner »Historisch-topographischen Beschreibung des Kaiserlichen Hochstifts und Fürstenthums Bamberg« von 1801 nennt Johann Baptist Roppelt als überörtlich bedeutsames Gewerbe lediglich den Holzhandel auf dem Main mit Schwerpunkt im Oberamt Lichtenfels und im Amt Weismain, wo auch eine Papiermühle betrieben werde, die Korbmacherei mit überregionalem Handel nach Preußen und Rußland im Amt Burgkunstadt sowie Webereien in Staffelstein und Weismain. Eine »schöne« Porzellanfabrik in Schney ist besonders hervorgehoben.

Auf dieser recht schmalen Ausgangsbasis begann die Industrialisierung im Lauf des 19. Jahrhunderts am Obermain. Der Bau der Ludwigs-Süd-Nordbahn von Lindau nach Hof, deren Teilstück Bamberg-Lichtenfels 1846 eröffnet wurde, gab den ent-



*Lichtenfels, Bahnhof.*

*Der Bahnhof von Lichtenfels*

*(Postkarte um 1930, StadtA Lichtenfels)*

scheidenden Impuls dazu. 1856 bis 1859 entstand die Werralinie von Lichtenfels über Coburg nach Eisenach. Die 1861 eröffnete Strecke nach Gundelsdorf wurde bis 1885 nach Norden weitergeführt, so daß daraus eine zielstrebige Fernverbindung nach Berlin entstand. Geplante Stichbahnen von Staffelstein in den Itzgrund und von Burgkunstadt nach Weismain wurden zwar nicht ausgeführt, dennoch erfaßte der industrielle Aufschwung im bescheidenen Umfang auch diese Gegenden.

Da entstand zunächst eine bedeutende Porzellanindustrie, der älteste Industriezweig am Obermain. Drei Betriebe von überregionaler Ausstrahlung wuchsen heran. In Schney gründete Johann Georg Christoph Martin (1736 – 1818) mit Förderung der Grafen von Brockdorff 1782 eine Porzellanfabrik, die Ende des 19. Jahrhunderts 150 Mitarbeiter beschäftigte. Hergestellt wurden hochwertige Teeservice, aber auch Pfeifenköpfe, Teeschalen nach türkischer Manier. Gebrauchsartikel aus der Fabrik gelangten auf den deutschen, belgischen und niederländischen Markt.

In Hausen baute Joseph Felix Silbermann (1771 – 1827), einer der vielseitigsten Unternehmer der Gegend, 1802/03 eine Fabrik der gleichen Branche, die das Schneyer Werk bald überflügelte. Schon 1830 gab es dort 150 Beschäftigte, die eine ähnliche Produktpalette herstellten wie die Schneyer Konkurrenz. Deren Qualität war aber infolge hochqualifizierter Maler, einer sogar aus Meißen, hochwertiger als die der Schneyer Fabrik, die Absatzmärkte waren weiter gestreut bis in die Schweiz, die Türkei, nach Schweden und Amerika. Heute produziert das Unternehmen unter dem Firmennamen »Kaiser-Porzellan« in Staffelstein.

Die dritte Fabrik widmete sich ein Jahrhundert später (seit 1901/02) in Hochstadt mit wechselndem Erfolg vor allem der Fayencenherstellung, bis sie 1941 von Siemens aufgekauft wurde und bis in die 50er Jahre hinein Industrieporzellan fertigte.

Einen zweiten industriellen Schwerpunkt am Obermain bildete die Schuhfabrikation in und um Burgkunstadt, die der Stadt den Beinamen »Klein-Pirmasens« bescherte. Einzige Standortvoraussetzung für den möglichen Erfolg einer solchen Fabrikation waren die nicht ausgelasteten Schuhmacher der Gegend, die das entsprechende Fachpersonal bilden konnten. Joseph Weiermann ergriff 1888 die Chance und eröffnete die Schuhfabrikation in einem Gasthof. Zehn Jahre später errichtete er ein eigenes Fabrikationsgebäude und setzte bereits die Dampfkraft ein. Nachdem 1912 das Familienunternehmen in eine AG umgewandelt worden war und in dieser Handelsform Bestand hatte, wurde der Aktienanteil der Familie 1937 arisiert und die Firma in »Obermain« umbenannt. Nach dem Krieg erhielt die Familie Weiermann ihr Aktienpaket zurück, verkaufte es aber bald darauf. Unter dem Namen »Obermain« existierte die Firma bis 1990 als letzte und langlebigste in Burgkunstadt.



*Schuhfabrik H. Piils in Burgkunstadt (Postkarte um 1925, StadtA Burgkunstadt)*

Weitere Gründungen folgten dem Vorbild Weiermanns. So entstanden in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts der Betrieb Karl Iglauers »Hochland«, der 1939 durch das NS-Regime geschlossen wurde, die Firma »Mainthal«, deren Gebäude 1912 abbrannten, die »Gotthard-Schuhfabrik«, die 1940 an einen Pirmasenser Schuhfabrikanten verkauft wurde und bis 1990 bestand. 1903 gründete Hans Piils (1873 —1943), ein Gerber, eine Schuhfabrik, die in der Zeit der Weimarer Republik mit 800 Beschäftigten zur zweitgrößten Bayerns aufstieg. Sie schloß 1976.

Den Rohstoff Leder für diese und noch zwei weitere Burgkunstadter Fabriken lieferte eine erst 1889 gegründete Dampferberei, die bis in die 30er Jahre unseres Jahrhunderts bestand.

So wurde Burgkunstadt ein aus dem industriellen Gefüge des Obermaingebietes weit herausragender Schwerpunkt deutscher Schuhfabrikation und erhielt durch sie ein industriestädtisches Gepräge.

Eine Sonderstellung im Netzgeflecht von Industrie und Gewerbe unseres Landkreises nahm die Korbindustrie ein. Sie entwickelte sich aus dem im 18. Jahrhundert zunftmäßig organisierten Handwerk der Weißkorbmacher. Dieses zuerst als Nebenbeschäftigung betriebene Handwerk mußte nämlich nach und nach die zu-

nehmende Bevölkerung der in Frage kommenden Orte ausschließlich ernähren und wurde deshalb technisch über das Normalmaß hinaus entwickelt. Es avancierte im frühen 19. Jahrhundert zum konzessions-, seit 1825 zum lizenzpflichtigen Gewerbe. Die Aufhebung des Zunftzwanges ließ die Zahl der Korbmacher schnell wachsen. Zum Mittelpunkt der Korbflechtereie wurde Michelau, das 1905 886 Korbmacher beherbergte (36,6 Prozent der Bevölkerung). Es folgten Schwürbitz mit 431 (37,7 Prozent der Bevölkerung), Marktzeuln mit 328 (29,3 Prozent der Bevölkerung) und Marktgrätz mit 310 (30,5 Prozent der Bevölkerung). Insgesamt wurde in 13 Orten rechts des Mains im großen Stil geflochten. Bald reichten die Weiden an Main und Rodach nicht mehr aus, um die Nachfrage nach diesem Rohstoff zu befriedigen. Importe aus Sachsen und Schlesien, seit den 1850er Jahren aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Österreich und Rußland ergänzten das heimische Angebot. Andere Werkstoffe wie Rattan und Peddig kamen hinzu.

Die Korbmacherei spezialisierte sich nach Orten. Feine Waren wurden in Michelau und Weidhausen gefertigt, darunter so delikate Dinge wie Bonbonnieren, Flaconkörbchen, Nippessachen und Schmuck, aber auch Rohr- und Weidenmöbel. Hans Heine ordnete in seiner Dissertation »Die Korbwarenindustrie in Oberiran-



*Das Deutsche Korbmuseum in Michelau, untergebracht in einem früheren Korbhandelshaus*  
(Foto: Korbmuseum Michelau)

ken« von 1909 dem Ort Lettenreuth Papierkörbe als Spezialität zu, Schwübitz Garten- und Handkörbe sowie Puppenwagen, Marktzeuln Blumenschweizer und Kinderschlotter, Marktgraitz Wasch- und Babykörbe, Neuensee Kleider- und Möbelklopfer, Schney Ein- und Zweideckelkörbe aus Esparto. Mistelfeld widmete sich seit 1885 der Fertigung von Spankörben. Innerhalb der Ortschaften konzentrierten sich die einzelnen Handwerksfamilien zudem auf ein ganz bestimmtes Produkt. Als Organisationsform der Korbflechtindustrie setzte sich das Verlagswesen durch. Danach bekamen die Korbflechtermeister, überwiegend Handwerker, die zuhause arbeiteten, das Rohmaterial von eigenen Materialhändlern geliefert. Nach der Fertigung brachten sie ihre Waren meist am Mittwoch und Samstag jeder Woche zu einem Handelshaus. Dieses System band die Korbmacher an die Korbbändler, insbesondere, nachdem sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr mit Geld, sondern mit Lebensmitteln und Flechtmaterial, ja mit oft nicht gebrauchten Luxusgütern entlohnt wurden, deren Preis der Händler nach Gutdünken festsetzte. Erst nach dem Widerstand des durch die Sozialdemokratie geführten, kurzlebigen Korbmachervereins hörte diese Praxis ab 1884 nach und nach auf.

Die Korbbändler sorgten für den Absatz der gelieferten Produkte und bauten dazu ein weltweites Vertriebssystem auf. Als wichtige Absatzmärkte galten Deutschland



*Geschäftshaus der Firma Heinrich Krauss in Lichtenfels*

*(Postkarte um 1900, StadtA Lichtenfels)*

selbst, Nord- und Südamerika, England und Frankreich, aber auch Südafrika und Australien. Bald verfügten die großen Händler über eigene Agenten in den wichtigsten Absatzregionen. Nach und nach verlagerte sich der Schwerpunkt der Handelsunternehmen wohl der besseren Verkehrsverbindungen wegen von den Korbmacherorten nach Lichtenfels, wo 1908 14 der wichtigsten Korbhandelshäuser ihre Geschäfte abwickelten.

Die großen Handeisherren kamen teils aus dem Korbmacherhandwerk selbst, teils aus dem Ladenbesitzermilieu, teils aus dem Kreis der lohnabhängigen Handelsfachleute. Sie waren im Gegensatz zu den meisten Korbmachern durchwegs sehr wohlhabend und entflohen zum Teil dem Kleinstadtmilieu in größere Städte, nach Bamberg, Nürnberg und sogar nach München. 1905 schlossen sie sich, möglicherweise als Reaktion auf die Genossenschaftsbildung der Korbmacher, zu einem Verband zusammen.

Die drei Hauptzweige der Industrie unseres Landkreises, die Porzellan-, die Schuh- und die Korbindustrie deckten keineswegs die ganze Palette des Gewerbes am Obermain ab. In der Textilbranche richtete Philipp Karl Anton Freiherr von Greiffenclau in Schenkenau 1804 eine Baumwollspinnerei unter englischen Mana-



*Postkarte uni 1900 mit Langhemmer Motiven, unter anderem der »Exportbrauerei«  
(StadtA Lichtenfels)*



gement ein und wies damit eine neue Richtung. In Weismain, Altenkunstadt und Woffendorf arbeiteten um die Wende zum 20. Jahrhundert noch fünf Wollspinnereien.

Im Nahrungs- und Genußmittelbereich erlangte die aus der Langheimer Klosterbrauerei hervorgegangene »Kloster Langheimer Urbräu AG« überregionale Bedeutung. Eine Mälzerei in Maineck produzierte unter verschiedenen Besitzern bis 1979; im übrigen mälzten die großen Brauereien Leikeim, Gärtner, Herzog und Förster selbst. Auch die industrielle Herstellung von Zigarren wurde in Schney und Burgkunstadt versucht, allerdings ohne rechten Erfolg. In Redwitz etablierte sich 1836 eine Zuckerfabrik, die Rübenzucker erzeugte und in einer Raffinerie bleichte. Sie ging schon in den 1840er Jahren ein. Versuche, Likör- und Essigfabriken in Burgkunstadt, Staffelstein, Weidnitz und Lichtenfels zum Erfolg zu führen, scheiterten schon im Anfangsstadium. Nur die in Burgkunstadt hatte bis 1938 Bestand. Nicht vergessen werden sollen auch zwei in Lichtenfels ansässige Fabriken, die seit 1810 über 150 Jahre mit wechselndem Erfolg Leim sotten.

Drei Auffälligkeiten sind, was die unternehmerische Seite der Industrie in unserem Raume betrifft, zu konstatieren: Einmal lösten sich adelige Gutsbesitzer von der agrarischen Tradition und standen an der Wiege von Unternehmensgründungen, so die Grafen von Brockdorff und die Freiherren von Greiffenclau. Zum zweiten ist der hohe Anteil von Juden an den industriellen Initiatoren bemerkenswert. Im Korbhandel dominierten sie, die Zinn, Pauson, Gosser, Gutmann, Thurnau, Bamberger, Brühl und Kohn, in anderen Branchen hatten sie bedeutenden Einfluß, in der Textilbranche Hirsch und Hofmann, in der Schuhfabrikation Weiermann, Iglauer und Pretzfelder. Zum dritten war der Anteil der auswärtigen Firmengründer bemerkenswert. Zwei Ausländer waren vertreten, der Franzose Amédée Hourdeaux als wichtiger Korbhändler und der Engländer James Sanderson als Gründer der Baumwollspinnerei auf Schloss Schenkenau. Andere kamen aus verschiedenen Landschaften Deutschlands oder aus Orten der näheren Umgebung. So stammte Silbermann, der wichtigste Porzellanindustrielle, aus Kronach, William Beck, der Gründer der Hochstadter Porzellanfabrik, aus Sachsen. Der Bankier Jakob Hirsch, der Schenkenau aufkaufte, wohnte in Würzburg; der Malzfabrikant Ruckdeschel, der die »Kloster-Langheimer-Urbräu AG« betrieb, kam aus Kulmbach. Die Reihe könnte fortgesetzt werden. Ganz auffällig waren fast alle, die vom Angestellten zum selbständigen Korbhändler aufstiegen, Auswärtige. Es zeigt sich, daß Industrie und Handel sich in einem viel weitmaschigeren Bezugsnetz bewegten als das bodenständige Handwerk.

Zum Schluß soll noch kurz vom Eisensteinabbau um den Staffelberg und um Vierzehneiligen sowie am Kordigast die Rede sein, der sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts dort entfaltete. Schon seit Jahrhunderten vereinzelt betrie-

ben, schien er sich seit dem Bau der Nord-Südbahn durch den heutigen Landkreis mit Anbindung an das sächsische Industriegebiet auch im Industriezeitalter zu lohnen. Unter anderen erschlossen ein Sohn des oben erwähnten Porzellanherstellers Silbermann und der Unternehmer Joseph Meyer, der Begründer des »Bibliographischen Instituts in Hildburghausen« und Urheber *des* nach ihm benannten Konversationslexikons, neue Flöze. Schon beabsichtigte ein Kohlenmagnat, in Staffelstein einen Hochofen zu errichten, gab das Vorhaben wegen des zu großen Risikos aber bald wieder auf. Je nach politischer und wirtschaftlicher Lage schwankte der Abbau stark. In Spitzenzeiten wurde immerhin in ca. 280 Gruben gearbeitet. Erst 1938 nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in das erzreiche Österreich erlag der Bergbau in unserer Gegend vollends dem Konkurrenzdruck.

Daß er den großen Durchbruch nie schaffte, lag zum einen an den ungelösten Transportproblemen zur großen Bahnlinie. Es gab keine Erzbahn, nur ab 1922 eine Verladestation am Kirchstollen in Vierzehnheiligen. Außerdem wurde die Abbaunwürdigkeit der Erzlager erkannt, da die Flöze zu unergiebig waren und die Aufbereitung des Erzes wegen des viel zu hohen Anteils an taubem Gestein große Mühe machte. So ging vom Erzabbau kein nachhaltiger Impuls für die Industrialisierung unserer Gegend aus.

## **4.5. Die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches**

Als am 7. November 1918 — schon vor dem Ausbruch des Matrosenaufstandes in Kiel — das Königtum in Bayern stürzte, dauerte es nur wenige Tage, bis auch die politischen Kräfte im Obermaingebiet auf den Umsturz reagierten. Schon am 11. November konstituierte sich in Staffelstein ein »Bauern-, Arbeiter- und Soldatenrat«. Zehn Tage später wurde über die Initiative einer »Sozialdemokratischen Sektion« ein »Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrat« sowohl auf Bezirksebene als auch in den Kommunen Lichtenfels und Schney gegründet. Zunächst öffnete sich sicherlich der politisch interessierte Teil der Bevölkerung dem Revolutionsgedanken. So folgten die zuständigen Stellen im Bezirksamt der Anweisung der Räteregierung aus München, die Ausrufung ihrer Republik am 7. April mit einem halbstündigen Glockenläuten zu begrüßen sowie die öffentlichen Gebäude und Fabriken rot zu beflaggen.

Von den politischen Turbulenzen im unmittelbaren Gefolge des verlorenen 1. Weltkriegs blieb die Bevölkerung im übrigen verhältnismäßig unberührt. Ihr ging es vor allem um die Bewältigung der Lebensmittel- und Energieversorgung. Um sie zu meistern, mußte der Magistrat der Stadt Lichtenfels Höchstpreise für Milch und Butter festlegen und den Fleischkonsum rationieren. Hamsterei und Lebensmittelwucher waren allerdings die behördlicherseits kaum zu unterbindende Folge, da die Bauern die Ablieferungspflicht ihrer Erzeugnisse nach Möglichkeit umgingen. Eigentumsdelikte nahmen zu. So berichtete das Lichtenfelder Tagblatt am 22. November 1918 von einem Einbruch in der Ruckdeschelschen Dampfsäge, von einem Diebstahl, den ein Dienstmädchen verübt hatte, vom Aufbruch eines abgestellten Güterwagens im Lichtenfelder Bahnhof, sogar von einem beabsichtigten Sturm mittelloser Leute auf das Gut in Trieb.

Was die Energieversorgung betraf, so litten Haushalte und Industrie in gleicher Weise. Da die Kohlenzüge infolge des Generalstreiks der Bergarbeiter in Sachsen nicht mehr regelmäßig fuhren, konnten die Elektrizitätswerke, von denen vor allem die Schuhwarenindustrie in Burgkunstadt abhing, den benötigten Strom nicht mehr ausreichend erzeugen. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich ein immer größer werdender Bevölkerungsanteil am Obermain, insbesondere in den katholischen Gegenden auf dem Land, nach der Ordnung des alten Kaiserreiches zurücksehnte.

Nach der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland war dem Staat von Weimar nur eine kleine Atempause vergönnt. 1923 stand die nächste schwere Krise mit Ruhrkampf, Zerfallstendenzen im Reich, Hitlerputsch und Inflation ins Haus. Diese traf die Bevölkerung der Bezirke Lichtenfels und Staffelstein am spürbarsten und nachhaltigsten. Schon vor dem Krisenjahr war der Dollarkurs von 6,01 Mark im Dezember 1918 auf 7589,27 im gleichen Monat des Jahres 1922 gestiegen und erreichte 1923 auf dem Höhepunkt der Geldentwertung einen Stand von 4,2 Billionen. Am 7. 9. kostete ein Brötchen 50000, 1 Pfund Brot 400 000 Reichsmark. Für einen Liter Exportbier forderte ein Wirt in Lichtenfels am 19. November 390 000 000 Reichsmark. Der am Tag verdiente Lohn hatte schon am Abend einen Teil seines Wertes verloren. Um der Geldflut Herr zu werden, ließen der Bezirk und die Kommunen Lichtenfels, Staffelstein und Michelau Notgeld drucken, schließlich auch die Bankinstitute in Burgkunstadt. Sogar Firmen wie Hourdeaux-Bergmann und Hourdeaux-Bing oder die Betriebe von Johann Würstlein und Andreas Tschran brachten eigene Geldgutscheine in Umlauf.

Bekanntlich wurde die Krise durch die Einführung der Rentenmark Ende 1923 bewältigt. Die folgenden »goldenen Jahre« der Weimarer Republik endeten mit der Weltwirtschaftskrise, die seit 1930 Deutschland besonders schwer traf.



*Notgeldschein aus Lichtenfels 1923 (Im Besitz von Herrn Richter, Klosterlangheim)*

Die Landwirtschaft unserer Gegend erwies sich im Gegensatz zu der anderer Regionen, insbesondere Schleswig-Holsteins, bis 1930 als verhältnismäßig gesund. Im Finanzbezirk Lichtenfels betrug die Verschuldung der Bauern durchschnittlich nur 20,3 Prozent des Einheitswertes, im Reich fast 30 Prozent. Die Lage der Betriebe verschlechterte sich dann aber so, daß 1931 nur noch 20 Prozent der oberfränkischen Landwirte mit Gewinn arbeiteten. Ausländische Billigimporte verursachten in der Hauptsache die Existenzbedrohung der bäuerlichen Anwesen. Industrie, Handel und Gewerbe wurden ebenfalls von der Krise erfaßt. Das Baugewerbe Oberfrankens klagte schon 1930 über Auftragsmangel und appellierte zunächst an Private, dann an den Staat, Mittel zum Abbau der um sich greifenden Arbeitslosigkeit bereitzustellen. Das Korbmacherhandwerk hatte besonders schwer zu leiden. Diese Hausindustrie mit Vollbeschäftigung war zu einem »Saisongewerbe« geworden. Das Lichtenfelser Tagblatt offenbarte am 13. Mai 1932 die erschreckend niedrige Bezahlung der in diesem Industriezweig Tätigen: »Der Stundenlohn für einen Korbmacher beträgt im Durchschnitt 8 bis 10 Pfennig. Es gibt aber schon Korbmacher, die für 6 Pfennig und weniger arbeiten«. Anfang desselben Jahres ging infolge der vorsichtigen Kreditvergabe der von Liquiditätsproblemen gebeutelten Lichtenfelser Bankinstitute die Korbhandelsfirma Brüll & Kohn in Konkurs. Dabei blieb es aber, denn dank ihrer weltweiten Handelsbeziehungen konnten sich die übrigen Handelshäuser dieser Branche über Wasser halten.

Durch die Massenarbeitslosigkeit kamen auf die Städte und Gemeinden am Obermain, die für die Erwerbslosen- und Krisenfürsorgeunterstützung verantwortlich waren, größte finanzielle Probleme zu. Konnte die Stadt Lichtenfels 1931 noch auf einen Fonds für Wasserleitungsbau zurückgreifen und die Bier- und Getränkesteuer erhöhen, eine Maßnahme, die das Gastwirtsgewerbe einen Absatzrückgang von 30 bis 50 Prozent befürchten ließ. So mußten danach ganz neue Wege beschritten werden, um die dringendste Not zu lindern. Die Stadt versuchte durch Umschulungsmaßnahmen arbeitslosen Schreincrn und Korbmachern zu helfen. Sie unterstützte außerdem eine durch das Rote Kreuz und den Katholischen Frauenbund getragene Hilfsaktion. Durch deren Hilfsbereitschaft konnten einmal in der Woche ca. 500 Menschen mit warmer Suppe versorgt, im Winter gebrauchte Kleidung und Brennmaterial an Hilfsbedürftige ausgegeben werden. Der Stadtpfarrer organisierte billige Kohle, das städtische Gaswerk spendierte zusätzlich 100 Zentner, die Bäckerinnung stiftete ca. 100 Laib Brot. Auf der anderen Seite mußte die Kommune schon Mitte 1931 elf säumige Mieter aus den stadteigenen Wohnungen werfen und sie im Siechhaus oder in Eisenbahnwaggons unterbringen.

Im Landkreis Lichtenfels war die Arbeitslosenzahl von Mai bis Dezember 1930 von 1000 auf 1500 gestiegen. Schwerpunkte waren dabei die Korbmacherorte Schney, Lettenreuth, Michelau, Marktzeuln und Schwürbitz; sie wurden zu Notstandsgebieten erklärt. Die Stadt und der Landkreis Lichtenfels führten trotz des offiziellen Sparkurses der Regierung mit Hilfe von staatlichen Darlehen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch. 1932 reinigten »Wohlfahrtserwerbslose« den Leuchsenbach, bauten eine Straße im Leuchsengrund und einen Verbindungsweg Neunsdorf — Sonnefeld. Außerdem befestigten sie Flußufer. In der Stadt selbst wurde die Kreuzigungsgruppe am Marktplatz renoviert, die Bamberger Straße zum Teil gepflastert und die Kanalisation dort erneuert. Die Post kam mit dem Bau von Postamtsgebäuden in Michelau und Staffelstein zu Hilfe. Trotz dieser Maßnahmen erreichte die Zahl der langfristig arbeitslosen Wohlfahrtsempfänger Mitte 1933 mit etwa 200 ihren Scheitelpunkt. Zu dieser Zeit war Hitler bereits Reichskanzler, der Umbau des deutschen Staatswesens hatte begonnen.

Die drei Krisenphasen der Weimarer Republik (1918—20, 1923, 1930—33) schufen Raum für das Anwachsen antidemokratischer Strömungen, insbesondere des Rechtsradikalismus. Schon in der ersten Krise bediente sich der Reichswehrminister Gustav Noske zur Niederschlagung des sozialistischen Umsturzversuches neben der Reichswehr und der Freikorps auch der Einwohnerwehren, Selbsthilfeorganisationen der besitzenden Schichten, gegen den radikalen Sozialismus. Denn nach der von den Siegermächten des 1. Weltkrieges erzwungenen Auflösung der Reichswehr, die in Bayern im Juni 1921 vollendet war, suchten viele ehemalige Offiziere und Soldaten Zuflucht in Wehrverbänden oder völkischen Gruppen. Die wichtigste von ihnen, die NSDAP, etablierte sich mit dem Deutschen Tag in Co



*Die Gaststätte »Bärenklause« in Lichtenfels, das Parteilokal der NSDAP, das 1934 bei der Erweiterung der Bahnleisanlagen abgebrochen wurde. (StadtA Lichtenfels)*

burg am 14. und 15. Oktober 1922 in spektakulärer Weise in Oberfranken. In Lichtenfels ging die erst am 16. November 1922 in der »Bärenklause« gegründete Ortsgruppe des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSuTB) schon im Dezember in die NSDAP auf. Daneben formierten sich in Lichtenfels und Weismain politische Zirkel des aus einem aufgelösten Freikorps hervorgegangenen Bundes Oberland, in der Nachbarschaft der »Völkische Treubund Staffelstein«. Wenn man bedenkt, daß zudem schon Ende April 1923 in Lichtenfels eine Hundertschaft der SA existierte, kann man ermessen, wie leicht die NSDAP an bestimmte ideologische und politische Strömungen in der Bevölkerung anknüpfen konnte. So setzte sich innerhalb des zersplitterten völkischen Lagers wie anderswo so auch am Obermain die NSDAP durch. Schon vor dem Hitlerputsch im November 1923 veranstaltete sie Vortragsabende. Die Sonnwendfeier vom 30. Juni 1923, die die beiden Ortsgruppen Lichtenfels und Staffelstein gemeinsam organisierten, diente der Propaganda ebenso wie eine Kundgebung, die sie am 20. und 21. Oktober in Lichtenfels zusammen mit dem »Bund Oberland« und dem Wehrverband »Bayern und Reich« veranstalteten.

In der Zeit des NS-Verbots nach dem Hitlerputsch vom November 1923 bis Februar 1925 formierte sich am Obermain unter dem Dachverband »Völkischer

Block in Bayern« u. a. die »DAP e.V., Bund aller arbeitenden Stände« mit Ortsgruppen in Lichtenfels, Burgkunstadt und Michelau. Das Rednerpersonal und die politischen Ziele in der Landtags- und Reichstagswahl von 1924 wiesen sie als Nachfolgeorganisation der NSDAP aus. Der »Völkische Block« erreichte in diesen Wahlen 19 % der Wählerstimmen (zum Vergleich: in Bayern 17 %, in Oberfranken gut 25 %).

Nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots im Februar 1925 stand Hitler vor der Aufgabe eines Neuaufbaus seiner Partei. Schon im ersten Jahr überrollte eine Neugründungswelle Oberfranken, wo sich 23 Ortsgruppen formierten, auch in Lichtenfels, Staffelstein und Weismain. Die Parteiarbeit stand im Zeichen der Abgrenzung von den übrigen vaterländischen Verbänden und litt unter Machtkämpfen in der fränkischen Führungsriege. Ihre Versammlungen stießen bis 1926/27 in Lichtenfels und Staffelstein auf wenig öffentliches Interesse. Die SA, in den Anfangsjahren 15 »Kameraden«, schwang sich nur zu einem »Ausmarsch zum Staffelberg« mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz in Lichtenfels am 26. Mai 1927 auf. Im übrigen beschränkte sie sich auf den Saalschutz und auf Propagandamärsche mit SA-Kapellen als Werbeträgern. Eine davon entstand 1928 in Weismain. Während in den großen Städten Oberfrankens schon 1926 SS-Einheiten stationiert waren, erhielt Lichtenfels erst 1931 eine solche Formation. Insgesamt blieb die NSDAP bis 1929 wie anderwärts, so auch in unserer Gegend eine Splitterpartei ohne nennenswerten Einfluß. Dies änderte sich nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise aber dramatisch.

Schon 1929 entstanden nach personeller Umbesetzung in der Spitze der NSDAP Oberfranken — Hans Schemm wurde neuer Leiter — auf dem Gebiet des Bezirks Lichtenfels neue Ortsgruppen in Schwürbitz, Michelau, Buch am Forst sowie SS-Stützpunkte in Michelau und Neuensee. Mit der Kommunalwahl vom 8. Dezember kamen erstmals drei Nationalsozialisten in den Lichtenfelser Stadtrat, ebenso viele in den Gemeinderat von Redwitz und Michelau. Die Folgejahre mit ihren häufigen Wahlen waren wie überall so auch am Obermain durch massive Öffentlichkeitsarbeit der NSDAP mit spektakulären Aktionen gekennzeichnet. Eine Welle von Kundgebungen, zum Beispiel im Mai 1930 in Lichtenfels, Schney und Michelau, und die pausenlose Organisation von meist überfüllten Versammlungen brachten eine Reihe neuer Mitglieder, während in Staffelstein derlei Veranstaltungen mangels Interesse immer noch ausfallen mußten. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 machte denn auch die NSDAP mit 22,6 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten politischen Kraft im Bezirk Lichtenfels nach der BVP, in Michelau erhielt sie mit 51,7 Prozent sogar die absolute Mehrheit. Danach machte die Partei erst richtig mobil. Nach dem Motto Schemms: »Es muß gewellt werden« überflutete sie bis Anfang 1932 den Bezirk mit etwa 50 Versammlungen, obwohl das Bezirksamt Lichtenfels im Juni 1931 für sie Versammlungsverbot wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erteilte. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 tauchten

NS-Ortsgruppen von Neuensee, Marktzeuln, Marktgraitz, Altenkunstadt, Burgkunstadt, Mannsgereuth und Lettenreuth zum ersten Mal in der Presse auf. Bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 erreichten die Nationalsozialisten mit 51,0 % der Stimmen in der Stadt Staffelstein die absolute Mehrheit; in der Stadt Lichtenfels entschied sich mit 36,6 % ein Drittel der Wähler für sie; in den zu den beiden Städten gehörenden Bezirken kam sie auf über 37 % der Stimmen.

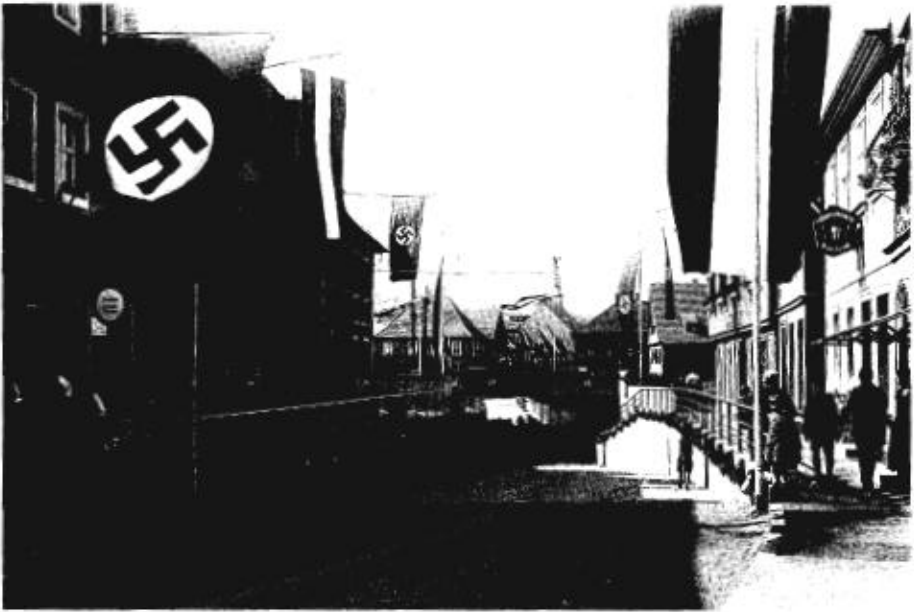
Für die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 waren die Nationalsozialisten mit ihren Kampforganisationen in der Öffentlichkeit stets präsent. Ein Umzug am 3. Juli mit 600 Mann SA, SS und HJ aus allen Ortsgruppen des Bezirks in Lichtenfels bildete den absoluten Höhepunkt der Propaganda. Ähnliche Aktivitäten gab es in Burgund Altenkunstadt, in Marktzeuln und Marktgraitz. Die Juliwahl ließ die Hitlerpartei mit 230 Abgeordneten bekanntlich zur stärksten Fraktion im Reichstag aufsteigen. Im Bezirk Lichtenfels lag ihr Ergebnis mit 36,0 % der Stimmen nur wenig hinter dem der BVP (40,2 %).

Dennoch war die Enttäuschung in der Partei groß, da sie die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Nachdem sie zudem in der Reichstagswahl vom 6. November 1932 einen allgemeinen Stimmenverlust hinnehmen mußte, im Bezirk Lichtenfels z. B. um 4,5 Prozent, reagierte sie mit Auflösungstendenzen und Mitgliederschwund. Parteiinterne Veranstaltungen wie Totenehrung oder Advents- und Weihnachtsfeiern sollten den Zusammenhalt der Ortsgruppen in dieser für die Partei bedrohlichen Situation festigen.

Am Tag der Machtergreifung, den 30. Januar 1933, feierten die Gefolgsleute der NSDAP in Lichtenfels und Staffelstein wie anderswo mit Fackelzügen und Kundgebungen. Siegesfeiern in anderen Orten wie in Weismain und Schwürbitz folgten. Doch schon stand die nächste Reichstagswahl am 5. März 1933 an, bei der die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit erringen wollten. Es mußte also weiter gekämpft werden. So organisierten die Ortsgruppen der NSDAP am 26. Februar in Lichtenfels ein Wahlspektakel mit Umzug und Großkundgebung, an dem insgesamt 300 Männer der SS, der SA und der HJ aus den größeren umliegenden Orten teilnahmen. Doch entgegen ihren Erwartungen erreichte die NSDAP in der Märzwahl das angestrebte große Ziel weder im Bezirk Lichtenfels mit 40,9 %, noch im Bezirk Staffelstein mit 45,7 % der abgegebenen Stimmen (Oberfranken zum Vergleich: 48,7 %). Doch in einzelnen Orten des Bezirkes Lichtenfels wie in Michelau und Weismain, in Gärtenroth und Fesselsdorf überwandnen sie die 50-Prozent-Marke. Auch in der Stadt Staffelstein erreichten sie erwartungsgemäß mehr als die Hälfte der Stimmen (54,5 %).

Eine Sonderstellung nahm der Pfarrsprengel von Kleukheim ein. Dort erhielt dank des Einflusses des politisierenden Pfarrers Wilhelm Würzberger die von ihm favo





*Einweihung der neuen Bahnunterführung der Coburger Straße in Lichtenfels*

*(Foto:Förner)*

risierte DNVP von 480 in den Wahllokalen von Kleukheim, Oberküps und Kümmel abgegebenen Stimmen ganz untypisch 247 (51,4 %), während die BVP nur 30 (6,2 %) und die NSDAP nur 147 (30,6 %) auf sich vereinigen konnten.

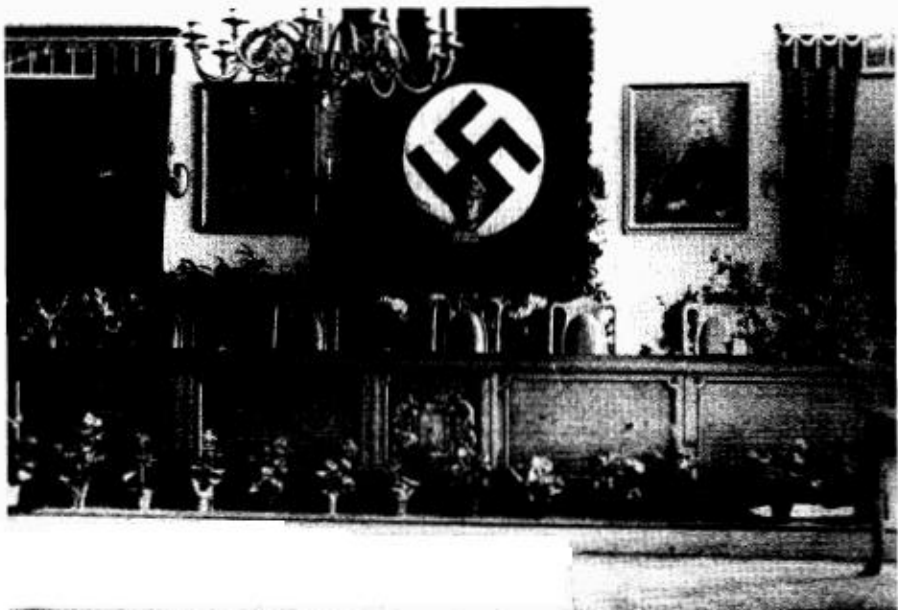
Das Doppelgesicht der Naziherrschaft spiegelte sich schon in den Schlagzeilen der Montagsausgabe des Staffelsteiner Tagblattes nach dem Wahltag. Hier ist auf der einen Seite von einem großen Umzug der Orts- und Bezirksgruppe der NSDAP mit Kundgebung am Marktplatz zu lesen, von einer Konkurrenzveranstaltung der Bayernwacht, ohne daß es zu Auseinandersetzungen kam, und von einem Höhenfeuer auf dem Staffelberg, wo ein großes Hakenkreuz weithin sichtbar beleuchtet wurde. Auf der anderen Seite wurde von einem nächtlichen Überfall auf Anton Ostler, den Führer der Bayernwacht, durch vier Uniformierte berichtet, von einer Hausdurchsuchung bei kommunistischen Führern in Schney, Michelau und Redwitz durch die (mit Leuten der SA) »verstärkte Gendarmerie«. Obwohl laut oberpolizeilicher Verordnung nach der Wahl die Hakenkreuzfahnen von den Rathäusern und Wahllokalen entfernt werden mußten, was in Staffelstein »nicht ohne eine kleine Erregung abging« (Staffelsteiner Tagblatt), beherrschte die nationalsozialistische Parteifahne bei den Siegesfeiern nach der Wahl das Straßenbild der Städte und Gemeinden.

Diese Feiern standen im Zeichen des demonstrativen Austausches der Staatssymbole im Straßenbild der Städte und Gemeinden. SA- und SS-Züge hißten zur Freude und Genugtuung eines Gutteils der einheimischen Bevölkerung wieder das Hakenkreuzbanner auf allen öffentlichen Gebäuden der Kommunen. Nachdem am

9. März Franz Xaver Ritter von Epp als Reichskommissar in Bayern eingesetzt worden war, begann sofort die Gleichschaltung auf der unteren Ebene. Für die Bezirke Lichtenfels und Staffelstein wurde am 18. April aus den Reihen der SA ein Sonderkommissar ernannt — ein Vorbegriff auf die Zusammenlegung der Kreisleitungen der NSDAP 1936. Er hatte die Kreisregierungs- und Bezirkratsbeschlüsse zu überwachen und »Spitzel und Provokateure« zu registrieren. Außerdem wurde auf Anordnung Epps jeder Polizeibeamte ständig von einem SA-Mann begleitet. In Michelau setzte der Gemeinderat auf Antrag seiner NSDAP-Mitglieder drei mißbeliebige Gemeindebedienstete auf die Straße. Nachdem das Innenministerium am 20. April allen SPD-Bürgermeistern und Stadträten ihr Amt entzogen hatte, wurden die beiden Bürgermeister der SPD-Hochburg Schney und der zweite von Altenkunstadt umgehend ihrer Ämter enthoben. Die sozialdemokratische Ortsgruppe von Lichtenfels löste sich auf, andere folgten.

Nichtsdestoweniger beging die Bevölkerung am Obermain in fast allen Gemeinden die Eröffnung des neuen Reichstages am 21. März 1933 als »Tag der Nation« mit Fackelzügen und Kundgebungen. Unmittelbar nach der Machtergreifung begann die Verfolgung. Es war seit langem offensichtlich, daß die erklärten Feinde der Nationalsozialisten neben den Juden vor allem die Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihren angeschlossenen Kampfbünden waren. Aber auch streitbare Geister anderer politischer Richtungen wurden nicht geschont. Schon seit 1922 waren Störungen von Versammlungen der VSP (Vereinigte Sozialdemokratische Partei) seitens der Nationalsozialisten die Regel. Gelegentlich waren sie in Handgreiflichkeiten ausgeartet, die schon Ende 1923 das Lichtenfelser Schöffengericht beschäftigt hatten. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien am 29. September 1929 in Schney, als SPD-Mitglieder in einer NSDAP-Versammlung Hans Schemm am Dauerreden hindern wollten. Die »Saalschlacht von Schney«, die daraufhin in Gang kam, forderte 29 Schwerverletzte, 23 von der SPD, 6 von der NSDAP, ein Zahlenverhältnis, das für einschlägige Erfahrungen der Nazitruppe spricht. In anschließenden Gerichtsverhandlungen saßen ob zu Recht oder Unrecht hauptsächlich Anhänger der Sozialdemokratie auf der Anklagebank.

1933, als die Macht der NSDAP gesichert schien, rollte im Gebiet des heutigen Landkreises Lichtenfels eine gezielte Verhaftungswelle an. Ihr fielen nicht nur eine Anzahl von Kommunisten in Lichtenfels, Burgkunstadt, Altenkunstadt und Redwitz zum Opfer, sondern auch die Führer der Bayernwacht aus Schwürbitz und Romansthal. Wegen Überfüllung des Gefängnisses im Amtsgericht Lichtenfels, wo



*Stadtratssitzungssaal im Lichtenfelser Rathaus mit der NS-typischen Einrichtung  
(StadtA Lichtenfels)*



*Der festlich beflaggte Marktplatz in Lichtenfels*

*(StadtA Lichtenfels)*

Angehörige der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sowie der Eisernen Front einsaßen, mußten Räume des Heimatmuseums für politische Gefangene freigemacht, neun Personen sogar nach Staffelstein verlegt werden. Außerdem wurden Wohnungen von Mitgliedern des Reichsbanners, der Eisernen Front und der Sozialistischen Arbeitsjugend in Schney, Burg- und Altenkunstadt durchsucht, Unterlagen beschlagnahmt. Nirgends regte sich nennenswerter Widerstand gegen das von den Nazis begangene Unrecht. Die »Freie Turnerschaft« wurde verboten und aufgelöst, ihr Vermögen eingezogen, die Turnhalle von der SA besetzt und schließlich versteigert.

Noch unerbittlicher verfahren die Nationalsozialisten mit den Juden. Judenhaß hatte, wie anderswo, so auch am Obermain Tradition. Im 18. Jahrhundert wurde aus religiösen Gründen den Juden untersagt, ihre Synagoge in Lichtenfels innerhalb der Stadtmauern zu bauen; Juden war dort zu wohnen verboten, wo die Fronleichnamsprozession vorbeiführte. Schon im 13. Jahrhundert hören wir von Gewalttätigkeiten gegen Juden, ebenso 1699 und 1848. Schändungen des Judenfriedhofes in Lichtenfels wurden 1918 wie 1930 jedoch noch öffentlich verurteilt.

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 erhielt der Antisemitismus in Deutschland eine neue Dimension. Mit dieser vom Staat geschützten, von den Nazis inszenierten Aktion wurden jüdische Bürger weithin sichtbar ausgegrenzt und deren Mißliebigkeit dadurch öffentlich deutlich gemacht. In dem von einem »Lichtenfelser Aktionskomitee zur Abwehr der jüdischen Greuelpropaganda und des Boykotts« veröffentlichten Aufruf ist im NS-typischen Jargon zu lesen: »Die nationalen Kräfte von Lichtenfels und Umgebung müssen an diesen Tagen zeigen, daß sie den uns aufgezwungenen Kampf entschlossen und rücksichtslos durchführen werden.« »Am heutigen Tage, vormittags 10 Uhr, setzt der Abwehrkampf mit verschärfter Wucht ein. Ab heute setzt kein Deutscher mehr den Fuß über die Schwelle eines jüdischen Geschäfts, einer Kanzlei oder eines jüdischen Arztes.« Die versteckte Drohung: »Wir verlangen, daß sämtliche Behörden und Ämter in Lichtenfels und Bezirk keinerlei Aufträge an jüdische Firmen geben, aber auch keinerlei Waren jüdischen Ursprungs (. . .) beziehen«, schloß öffentliche Stellen in den Boykott mit ein. Befolgt wurde er nur in Einzelfällen, doch kamen zur Boykottkundgebung auf dem Lichtenfelser Marktplatz immerhin 600 bis 700 Menschen, um einer Hetzrede des Ortsgruppenleiters der NSDAP zu lauschen, »Sieg Heil« dazu zu rufen und danach das Horst-Wessel-Lied anzustimmen. Im Dezember 1933 entzog der Lichtenfelser Stadtrat den Juden die für ihre Geschäfte unerlässlichen Bedarfsdeckungsscheine und schloß sie so aus dem Wirtschaftsleben aus. Seit 1935, dem Jahr der »Nürnberger Gesetze«, wurden Juden nicht mehr zu Standmärkten zugelassen, wurde ihnen der Besuch des Städtischen Flußbades untersagt.

Auf die Rassegesetze von Nürnberg reagierten die Bedrängten verstärkt mit Auswanderungsanträgen, vorwiegend in die USA, obwohl eine Flucht wegen restriktiver Bestimmungen in den meisten Einwanderungsländern immer schwerer wurde. Bis 1938 entzogen sich 34 jüdische Bürger aus dem Bezirk Lichtenfels auf diese Weise den Repressalien durch die Nazis.

Die antisemitischen Maßnahmen gipfelten zunächst in der »Reichskristallnacht« vom 9. auf den 10. November 1938. In dieser schrecklichen Nacht wüteten wie überall im Reich auch die ortsansässigen Mitglieder der Naziorganisationen in Burgkunstadt, Altenkunstadt, vor allem aber in Lichtenfels. Die Synagogen aller drei Orte wurden verwüstet und entgingen der befohlenen Brandstiftung nur durch die örtliche Nähe zu »arischen« Bürgerhäusern, weil man fürchtete, auch diese könnten in Flammen aufgehen. Lichtenfelser Nazitrupps zogen von der Synagoge zu einzelnen jüdischen Bürgerhäusern, zertrümmerten dort die Einrichtungen und warfen sie teilweise aus den zerschlagenen Fensterscheiben auf die Straße. 23 jüdische Bürger wurden noch in der Nacht abgeholt und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Am Tag danach verhaftete die Polizei die jüdischen Familienväter auch in Burgkunstadt und Altenkunstadt und sperrte sie in die Vogtei ein. Dort zwangen die örtlichen Behörden die Vorsteher der Kultusgemeinde Altenkunstadt, ihre Synagoge an die Gemeinde zu verkaufen. Nur knapp entgingen einige der verhafteten Juden der Verschleppung in das KZ Dachau. Wie sehr die Betroffenen unter den Mißhandlungen litten, zeigen der Selbstmord von Paul Zinn und der mysteriöse Tod von Sofie Seliger, der in der »Reichskristallnacht« mißhandelten Frau



*Burgkunstadter Synagoge. Wenige Wochen nach der Pogromnacht im Jahr 1938 abgerissen  
(Repro: Motschmann)*

des jüdischen Lehrers von Lichtenfels. Es war wohl nur eine Minderheit der Einwohner, die dem NS-Terror zustimmte, aber es regte sich auch kein Widerstand dagegen.

Nach der »Reichskristallnacht« starteten die NS-Behörden die »Arisierung« des jüdischen Vermögens. Noch während ihrer etwa vierwöchigen »Schutzhaft« in Hof wurden die betroffenen Juden von dieser Aktion informiert. Am 6. März 1939 verschwanden sieben renommierte jüdische Gewerbebetriebe aus dem Handelsregister, darunter die Korbhandelsfirmen David Bamberger und Samuel Zinn. In Burg- und Altenkunstadt mußten Joseph Weiermann und Max Pretzfelder ihre Schuhfabriken verkaufen. Schon 1940 war die »Arisierungsaktion« beendet.

Nach der Pogromnacht wurden die Juden Schritt für Schritt aus dem öffentlichen Leben gedrängt und ihrer religiösen, geistigen und materiellen Grundlage beraubt. Seit dem 15. November 1938 durften jüdische Kinder deutsche Schulen nicht mehr besuchen. In Altenkunstadt eröffnete die Kultusgemeinde daraufhin eine eigene jüdische Bildungsstätte, die aber auf Betreiben der Gemeindebehörden bald wieder geschlossen werden mußte. In Lichtenfels wurden im Frühjahr 1940 alle dort lebenden Juden gezwungen, in das Lehrer- und Schächterhaus neben der Synagoge einzuziehen. Sie lebten dort zusammengedrängt unter kümmerlichsten Bedingungen zwei Jahre lang bis zu ihrer Deportation. Der Ausweg Flucht blieb 1939 nur noch denen, die Bürgen im Ausland hatten. 21 aus Lichtenfels und 6 aus Burgkunstadt konnten sich retten, auf die übrigen warteten Deportation und Ermordung.

Am 17. März 1942 eröffneten die zuständigen Behörden den in Burgkunstadt und Altenkunstadt lebenden Juden, daß sie sich für eine Evakuierung nach Polen bereitzuhalten hätten. Nach fast sechs Wochen bangen Wartens wurden am 24. April sechs jüdische Bürger aus Lichtenfels, zwölf aus Burgkunstadt und dreizehn aus Altenkunstadt mit dem Zug nach Bamberg gebracht, am nächsten Tag in Güterwaggons nach Nürnberg überführt und von dort mit einem Sammeltransport fränkischer Juden nach Krasnyzin, einem Durchgangslager bei Lublin in Ostpolen, verschleppt, um in den Gaskammern von Belzec und Sobibor getötet zu werden. Am 9. September 1942 brachten die zuständigen Naziorganisationen acht ältere jüdische Bürger aus Lichtenfels in das Altenkonzentrationslager Theresienstadt in Böhmen, wo die meisten an Hunger und Krankheiten starben. Wer dieses KZ überlebte, kam in den Gaskammern von Auschwitz um.

Insgesamt fielen der systematischen Ausrottungspolitik des Nationalsozialismus<sup>39</sup> Personen aus dem Obermaingebiet zum Opfer, 13 aus Altenkunstadt, 12 aus Burgkunstadt und 14 aus Lichtenfels. Angesichts der unsäglichen Nazigreuel Juden gegenüber konnten die Versuche der Wiedergutmachung nach dem Krieg nur Stückwerk bleiben. Zwar gab es zwischen 1946 und 1949 Prozesse zur Pogrom

nacht bei der Großen Strafkammer des Landgerichts Coburg, jüdisches Eigentum wurde zurückgegeben oder zum angemessenen Preis nochmals verkauft. Ein 1952 am Lichtenfelser Friedhof errichtetes Ehrenmal sollte an die jüdischen Opfer erinnern. Vieles aber wurde aus dem Gedächtnis verdrängt. Erst in den 80er Jahren, vor allem seit den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrtag der Pogromnacht in Lichtenfels und Altenkunstadt, rückte das schreckliche Geschehen wieder deutlicher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Ein großer Schweigemarsch durch Lichtenfels am 9. November 1992 erinnerte angesichts der Ausschreitungen Rechtsradikaler gegen Asylbewerber an die düsteren Ereignisse der Nazizeit.

Nicht alle ließen sich jedoch widerstandslos gleichschalten. Aktiven Widerstand gab es zum Beispiel aus den Reihen der kommunistischen und sozialistischen Schneyer Arbeiterschaft.

Hier verteilten beherzte Genossen trotz strenger Überwachung, von den Nazis unbemerkt, Flugschriften aus dem Untergrund. 1935 stellte sich die Katholische Jugend in Lichtenfels öffentlich vor ihren Pfarrhern, als die Gestapo das Verlesen eines dem Regime mißfallenden Hirtenbriefes verhindern wollte. Als besonders heldenhaft darf der bedingungslose Schutz einer aus Berlin geflüchteten Jüdin durch mehrere Lichtenfelser Familien über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren (vom September 1943 bis Kriegsende) gewertet werden, die sie unter schwierigsten Bedingungen beherbergt, versorgt und vor dem Zugriff einer hartnäckigen Polizei gerettet haben. Eine derartige Tat wäre bei Entdeckung mit langjährigen Zuchthausstrafen oder gar Erschießen geahndet worden.

Im ganzen kann man aber sagen, daß Widerstand nur vereinzelt und meist von den unmittelbar Betroffenen geleistet wurde, daß also eine Mehrheit auch in unserer Gegend das Hitlerregime geduldet, gestützt, zum Teil sogar begrüßt hat.

## 4.6. Die Nachkriegszeit

Nach dem 2. Weltkrieg prägten die großen Flüchtlings- und Heimatvertriebenenströme die Städte und Dörfer im Obermainbogen entscheidend mit. Die Einwohnerzahl des früheren Landkreises Lichtenfels stieg durch die Neuankömmlinge von 40.000 im Jahr 1939 auf 55.000 im Oktober 1946; davon waren 3.000 Flüchtlinge und 12.000 Heimatvertriebene. Im Landkreis Staffelstein wuchs die Einwohnerschaft im gleichen Zeitraum um 7.900, von 19.400 auf 27.300. Nach dem Stand von September 1950 waren in Frauendorf 139 von 281 Einwohnern neu zugezogen (49,5 %), in Weingarten 314 von 671 (46,8 %), in Zeublitz 97 von 215 (45,1 %). Das sind die Spitzenwerte im früheren Landkreis Lichtenfels. Die Stadt selbst beherbergte 1950 2.027, die Stadt Staffelstein 860 Flüchtlinge und Heimatvertriebene. 19,2 beziehungsweise 23,6 % der Bevölkerung waren also Neubürger. Im Durchschnitt war die Einwohnerzahl in den beiden Landkreisen Lichtenfels und Staffelstein gegenüber 1039 um etwa 1/4 bis 1/3 gewachsen. Ende 1950 wurden beide Landkreise infolge der Wohnungsnot und des Arbeitslosenproblems zu Notstandsgebieten erklärt, bis vor allem in den späten 50er Jahren im Zug des beginnenden Wirtschaftswunders sehr rasch eine Entspannung eintrat, und zwar durch teils ungelenkte Umsiedlung hauptsächlich in die Industriegebiete an Neckar, Rhein und Ruhr. Im ehemaligen Landkreis Lichtenfels ging durch Abwanderung die Bevölkerung in 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um 3,6 %, im Landkreis Staffelstein gar um 8 % zurück. Am stärksten betroffen waren die Gemeinden Ebensfeld und Weismain, von denen die erste 15 %, die andere 13,8 % ihrer Einwohnerschaft verlor. Arbeitslosigkeit mündete am Obermain bald in Arbeitskräftemangel. So gab es auch hier Gemeinden, die selbst in der Zeit allgemeiner Abwanderung wuchsen, zum Beispiel die wirtschaftlich expandierenden Orte Redwitz und Hochstadt.

Die jüngsten einschneidenden Veränderungen in der Landkreisgeschichte bewirkte die große Gebietsreform der 70er Jahre. Leistungsfähigkeit, Bürgernähe und Verwaltungsvereinfachung waren die Hauptmotive, größere kommunale Verwaltungseinheiten zu schaffen. In der Kreisreform von 1972 ging der Hauptteil des Landkreises Staffelstein im vergrößerten Landkreis Lichtenfels auf. Die restlichen Ortschaften teilten sich die Kreise Coburg und Bamberg. So kam Seßlach samt seinem Umland (18 Orte) nach Coburg, der Südteil um Zapfendorf (7 Orte) wurde dem Landkreis Bamberg zugeschlagen. Der Landkreis Lichtenfels, der zeitweise auch zur Disposition stand, konnte sich zwar vergrößert behaupten, wurde aber mit einer Fläche von 521 qkm einer der kleinsten Bayerns. Gleichwohl ist er wegen seiner Industriezentren finanzstark. Nach der Statistik gehören 4 von den 10 Orten





*Die heftige Auseinandersetzung um die Eingemeindung Grundfelds nach Staffelstein spiegelte sich in einer Tafel am Unteren Tor in Lichtenfels wider. (Foto:Aumüller)*

Oberfrankens, die zwischen 1970 und 1987, absolut gesehen, die meisten Arbeitsplätze schufen, zu unserem Landkreis, kein einziger befindet sich dagegen unter den 20 oberfränkischen Gemeinden mit den größten Arbeitsplatzverlusten.

Die Gemeindegebietsreform ab 1975 brachte auch das Ende für die meisten der überkommenen Gemeinden im neuen Landkreis Lichtenfels. Es blieben lediglich 7 Einheitsgemeinden und 2 Verwaltungsgemeinschaften übrig. Gemeindeverwaltungen befinden sich heute in Altenkunstadt, Burgkunstadt, Ebensfeld, Lichtenfels, Michelau, Staffelstein und Weismain, Verwaltungsgemeinschaftssitze in Redwitz (mit Marktgraitz) und Marktzeuln (mit Hochstadt). In der schwierigen Phase der Gemeindeneubildung verlor unser ohnehin kleiner Landkreis frühere Gemeinden oder Ortsteile, die an seinem Rand lagen, an seine Nachbarn: Zum 1. 1. 1977 fielen die Ortsteile Rothwind und Fassoldshof der Gemeinde Mainroth an *den* Landkreis Kulmbach, der Ortsteil Neubrand der Gemeinde Marktgraitz an den Landkreis Kronach; ein Jahr später mußte unser Landkreis auch die Gemeinde Neuensorg sowie die zur Stadt Lichtenfels gehörenden Ortsteile Forsthub und Gleisenu an Coburg, den Ortsteil Zultenberg der Gemeinde Neudorf an Kulmbach abtreten.

Nach fast 20 Jahren hat sich die Gebietsreform auch in den Köpfen der Einwohner weitgehend vollzogen, denn die Erwartungen in die angestrebte Leistungsfähigkeit der Großlandkreise und -gemeinden erfüllten sich zusehends. Aber schon mußte sich der Landkreis Lichtenfels mit benachbarten Kreisen zusammentun, als es um die Bewältigung von so schwierigen Aufgaben ging wie den Bau einer Müllverbrennungsanlage.

Die Vergrößerung der Gemeinden und des Landkreises war also höchst notwendig und überfällig gewesen, um auf die wachsenden Bedürfnisse der Bürger angemessen reagieren zu können.

Die Gebietsreform war die letzte einschneidende Veränderung in unserem Landkreis. Heute, nach der Öffnung der Mauer, wird er durch den Aus- und Neubau von Transitstraßen und -schienenwegen mit neuen großen Aufgaben konfrontiert. Es gilt, die Erfordernisse des aufstrebenden Fremdenverkehrs am Obermain, besonders um das sich mehr und mehr zum Heilbad entwickelnde Staffelstein, mit den ökonomischen Notwendigkeiten der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung im neuen Gesamtdeutschland in Einklang zu bringen — eine schwer zu lösende Aufgabe.

# WEITERFÜHRENDE LITERATUR

## VOR- UND FRÜHGESCHICHTE:

Abels, Björn-Uwe: *Archäologischer Führer Oberfranken*, Stuttgart 1986.

Dippold, Günter (Hrsg.): *Der Staffelberg*, Bd. 1, Lichtenfels 1992.

Radunz, Konrad: *Vor- und Frühgeschichte im Landkreis Lichtenfels*, München 1969 (*Kataloge der Prähistorischen Staatssammlung*, Nt. 12).

## MITTELALTER:

Geldner, Ferdinand: *Langheim, Wirken und Schicksal eines fränkischen Zisterzienserklosters*, Lichtenfels 21990 (mit Nachwort von Günter Dippold).

Gutenberg, Erich Frhr. von: *Die Territorienbildung am Obermain*, Bamberg 1926 (BHVB 79). Meyer, Otto: *Oberfranken im Hochmittelalter. Politik · Kultur · Gesellschaft*, Bayreuth 1973.

## NEUZEIT:

Arnth, Gerhard: *Die Säkularisation der Zisterzienserabtei Langheim*. In: *Fränkische Heimat am Obermain* 19(1982), 5. 3—17.

Dippold, Günter: *Das Zisterzienserkloster Langheim im Zeitalter von Reformation und Gegenreformation*. In: *Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte* 58(1989) 5. 89—140.

Dippold, Günter/Urban, Josef (Hrsg.): *Im oberen Maintal, auf dem Jura, an Rodach und Itz, Landschaft, Geschichte, Kultur*. Lichtenfels 1990.

Dippold, Staffelberg (s. unter Vor- und Frühgeschichte).

Forster, Wilhdm: *Die Säkularisation und das Benediktinerkloster Banz*. In: *Krone und Verfassung. König Max I Joseph und der neue Staat. Befträge zur Bayerischen Geschichte und Kunst 1799—1 825*. München/Zürich 1980 (Wittelsbach und Bayern 111/1), 5. 95-100.

Krohn, Karin: *Heimatvertriebene im Landkreis Lichtenfels. Eingliederung und Aufbauleistung. Eine Dokumentation von 1944—1988* (unveröff. Typoskript).

Morschmann, Josef: *Der Leidensweg der Juden am Obermain. Vom Ende der jüdischen Gemeinden in Lichtenfels, Burgkunstadt und Altenkunstadt in den Jahren 1933—1 942*, Lichtenfels 1983.

Rohde, Rolf: *Die Entwicklung der völkisch-nationalistischen Bewegung im Oberfränkischen Raum exexpliziert am Bezirk Lichtenfels in den Jahren 1922—1 933*. 1980 (unveröff. Zulassungsarbeit).

Weiss, Hildegard: *Lichtenfels-Staffdstein*. München 1959 (HAB. Teil Franken Reihe 1, Heft 7).

## ZEITSCHRIFTEN:

*Geschichte am Obermain (Jahrbuch des CI-IW)*

*Fränkische Heimat am Obermain. Beilage zum Jahresbericht des Meranier-Gymnasiums Lichtenfels*

*Vom Main zum Jura. Heimatgeschichtliche Zeitschrift für den Landkreis Lichtenfels.*